



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH – 1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 5. Juni 2016

Die Ergebnisse

Votations cantonales du 5 juin 2016

Les résultats

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

Übersicht / Aperçu

Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



BL: Formulerte Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»



JU: Modification de la Constitution cantonale visant à faire passer de huit à cinq le nombre de communes pouvant demander un référendum ou faire usage du droit d'initiative

Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



AG: Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und Partnerschaftsgesetz (EG ZGB) (Wegfall des Steueranteils bei den Grundbuchabgaben) Änderung (Behördenref.)



BL: Änderung des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative «Einführung Lehrplan 21») (Oblig.)



BL: Änderung des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer») (Oblig.)



BL: Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz) (Oblig.)



BS: Grossratsbeschluss betreffend Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (Bankgesetz) (Fak.)



BS: Grossratsbeschluss betreffend Änderung des Organisationsgesetzes der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB-OG) (Fak.)



GE: Loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes physiques (LIPP) (Imposition d'après la dépense selon le droit fédéral harmonisé) (D 3 08 – 11683) (fac.)



GE: Loi modifiant la loi sur les démolitions, transformations et rénovations de maisons d'habitation (mesures de soutien en faveur des locataires et de l'emploi) (LDTR) (Plus de liberté pour les locataires) (L 5 20 – 11408) (fac.)



SZ: Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes (Fak.)



TI: Modifica della legge sui trasporti pubblici (fac.)



TI: Modifica della legge sull'Ente Ospedaliero Cantonale (EOC) (fac.)



UR: Gesetz zur Besetzung von Behörden (Oblig.)



UR: Änderung des Gesundheitsgesetzes (Förderung der medizinischen Grundversorgung) (Oblig).



ZH: Wählbarkeit von Bezirksrichterinnen und –richtern (Kantonsratsref.)

Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



AG: Aargauische Volksinitiative « "Kinder und Eltern" für familienergänzende Betreuungs-strukturen » (Hauptabstimmung)
und
Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz; KiBeG)
(Gegenvorschlag)



BL: Änderung des Bildungsgesetzes aufgrund der nichtformulierten Volksinitiative
«Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere»



GE: Initiative populaire 154 « Pour des transports publics plus rapides ! »
et
Loi pour une mobilité cohérente et équilibrée (Contreprojet à l'IN 154)



GE: Initiative populaire 157 « OUI à la grande Traversée du Lac ! »



NW: Volksinitiative zur Änderung des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Planungs- und Baugesetz, PBG) betreffend das hindernisfreiere Bauen



SZ: Volksinitiative « Axen vors Volk – Für Sicherheit ohne Luxustunnel »



TI: Iniziativa popolare « Rafforziamo la scuola media – Per il futuro dei nostri giovani »



TI: Iniziativa popolare « Giù le mani dagli ospedali! »

Finanzreferendum / Référendum financier :



BL: Landratsbeschluss betreffend Universität Basel; Umsetzung der Pensionskassengesetz (CHF 15 Mio. 2017 – 2021) (Fak.)



BS: Grossratsbeschluss betreffend Neubau Amt für Umwelt und Energie (AUE), Spiegelgasse 11/15, Ausgabenbewilligung für das Bauprojekt (CHF 16 Mio.) (Fak.)



SG: Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit zur Finanzierung von Machbarkeitsstudie und Bewerbungsdossier Expo2027 (CHF 5 Mio.) (Behördenref.)



TG: Kredit für die Expo2027 (CHF 3 Mio.) (Behördenref.)



UR: Gesetz über die finanzielle Unterstützung des Schwimmbads Altdorf (Schwimmbadfinanzierungsgesetz) (CHF 16 Mio. bis 2050) (Oblig.)

Im Detail / Dans le détail

AG



1. Aargauische Volksinitiative « "Kinder und Eltern" für familienergänzende Betreuungsstrukturen » vom 9. April 2013 (Hauptabstimmung)

NEIN (75.21%)

und

Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz; KiBeG) vom 12. Januar 2016 (Gegenvorschlag)

JA (52.98%)

Stimmbeteiligung:

42.9%

Die Volksinitiative knüpft an der Feststellung an, dass in vielen Aargauer Gemeinden der Bedarf an Betreuungsplätzen nicht gedeckt ist. Zur Verbesserung der Betreuungssituation hat die Aargauer Stimmbevölkerung sowohl über eine Volksinitiative als auch einen Gegenvorschlag zu entscheiden.

Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag unterscheiden sich in Umfang und Tiefe der Regelungen. Die *Volksinitiative* will eine kantonsweit einheitliche, umfassende Neuregelung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Der *Gegenvorschlag* regelt nur die wesentlichen Grundzüge

und belässt den Gemeinden einen grossen Handlungsspielraum.

Zur Verdeutlichung des Handlungsbedarfs führt der Regierungsrat eine Umfrage der Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons AG vom Juni 2015 an. Diese hat ergeben, dass zwar in der Hälfte der Gemeinden familienergänzende Kinderbetreuung angeboten wird, sich jedoch nur jede fünfte Gemeinde an den Betreuungskosten für Vorschulkinder und nur jede vierte an den Kosten für Randstundenbetreuung oder Mittagstische für Schulkinder beteiligt.

Die beiden Vorlagen unterscheiden sich im Wesentlichen wie folgt:

- In der Volksinitiative sind Betreuungsangebote für Kinder bis zum Ende der Schulpflicht vorgesehen, im Gegenvorschlag nur bis zum Abschluss der Primarschule.
- In der Volksinitiative werden die Betreuungsformen festgelegt (Kindertagesstätten oder Tagesfamilien für Vorschulkinder, Tagesstrukturen für Primarschulkinder, Mittagstische für Jugendliche der Oberstufe). Schulkinder könnten somit nicht durch Tagesfamilien betreut werden, obwohl der Regierungsrat die Ansicht vertritt, dass diese Betreuungsform bei geringem Bedarf am kostengünstigsten ist. Im Gegenvorschlag ist deshalb vorgesehen, dass die Gemeinden bei der Wahl der Betreuungsform frei entscheiden.
- Die Volksinitiative will eine über den ganzen Kanton einheitliche Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung sicherstellen, indem der Regierungsrat Qualitätsstandards erlässt. Im Gegenvorschlag obliegt dies den Gemeinden.
- Während die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Sinne der Volksinitiative durch die Erziehungsberechtigten, die Gemeinden und den Kanton erfolgt, würden die Kosten bei Annahme des Gegenvorschlags nur von den Erziehungsberechtigten und den Gemeinden getragen.
- Die Volksinitiative will die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten vereinheitlichen, indem der Regierungsrat die Eckwerte festlegt. Der Gegenvorschlag belässt den Gemeinden hierbei Autonomie.

Die Ziele der familienergänzenden Kinderbetreuung:

Die familienergänzende Kinderbetreuung soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung erleichtern und die gesellschaftliche – insbesondere die sprachliche – Integration der Kinder während der Schulzeit und damit auch später im Erwerbsleben verbessern. Um diese Ziele realisieren zu können, müssen genügend bezahlbare Betreuungsangebote vorhanden sein.

Viele Erziehungsberechtigte würden gerne ins Erwerbsleben zurückkehren oder das Arbeitspensum erhöhen. Dies ist aber nur möglich, wenn sie sich die familienergänzende Kinderbetreuung auch finanziell leisten können. Der Zusammenhang zwischen Kinderbetreuungskosten und dem Anreiz, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, ist dabei wissenschaftlich belegt.

Gemäss einer Berechnung der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell wurden gesamtschweizerisch CHF 5.75 Mia. in die Ausbildung von Frauen investiert, die derzeit nicht erwerbstätig sind. Man geht von einem ungenutzten potenziellen Erwerbsvolumen von 44.7 Mio. Stunden pro Jahr aus. Gerade im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel sei es wichtig, dass insbesondere hochqualifizierte Frauen im Arbeitsprozess verbleiben oder wieder erwerbstätig werden.

In beiden Vorlagen werden die Gemeinden nur dann verpflichtet, ein Betreuungsangebot bereitzustellen, wenn tatsächlich ein Bedarf besteht.

Zusammenfassend gilt, dass die *Initiative* eine umfassende Regelung der familienergänzenden Kinderbetreuung fordert. Die Einzelheiten sollen weitgehend durch den Regierungsrat und damit für den ganzen Kanton einheitlich festgelegt werden.

Der *Gegenvorschlag* regelt hingegen nur die wesentlichen Grundzüge der familienergänzenden Kinderbetreuung. Um auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht nehmen zu können, wird den Gemeinden ein grosser Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung der Detailregelung eingeräumt.

Gestützt auf § 65 Abs. 3 der Kantonsverfassung¹ haben die Aargauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gleichzeitig in einer Hauptabstimmung über die Initiative und in einer Eventualabstimmung über den Gegenvorschlag zu entscheiden.

2. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und Partnerschaftsgesetz (EG ZGB) (Wegfall des Steueranteils bei den Grundbuchabgaben); Änderung vom 1. März 2016 Stimmbeteiligung

NEIN (56.74%)
42.9%

Die Grundbuchabgaben für gewisse grundbuchliche Vorgänge (unter anderem Liegenschaftenkäufe oder Errichtungen von Schuldbriefen) bestehen aus einem Gebühren- und einem Steueranteil. Letzterer soll gestaffelt abgeschafft werden. Neu sollen stattdessen nur noch kostendeckende Gebühren erhoben werden.

Die neuen Gebühren werden in einem Dekret geregelt, welches nicht der Volksabstimmung unterliegt.

Die Gegner der Vorlage weisen darauf hin, dass die Abschaffung des Steueranteils bei den Grundbuchabgaben zu substantziellen Mindereinnahmen führen würden (ab 2018 rund CHF 16.5 Mio. und ab 2020 rund CHF 33 Mio.).

Am 16.03.2010 reichte eine Fraktion des kantonalen Parlamentes eine Motion betreffend Anwendung des Kostendeckungsprinzips bei grundbuchlichen Vorgängen ein. Die rechtliche Umsetzung dieser Motion erfordert eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch und Partnerschaftsgesetz² (EG ZGB) sowie die Aufhebung des Gesetzes über die Grundbuchabgaben³, in welchem die Steueranteile der Grundbuchabgaben geregelt sind.

Die *Mehrheit des Grossen Rats* erachtet die Ausgestaltung der Grundbuchabgaben als Gemengsteuern als ungerechtfertigte indirekte Steuern, für die es inhaltlich keine hinreichende Rechtfertigung gäbe. Die als Gemengsteuern ausgestalteten Grundbuchabgaben sollen deshalb durch Gebühren ersetzt werden, wodurch nur noch das Kostendeckungsprinzip zum Tragen käme. Dieses verlangt konkret, dass der Gesamtertrag der Gebühren die gesamten Kosten des betroffenen Verwaltungszweigs nicht übersteigen darf. Der Wegfall der Steuerbelastung bei grundbuchlichen Vorgängen soll für Wirtschaft und Privatpersonen zu einer Entlastung führen und die Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort und Wohnort steigern. Die Ratsmehrheit fordert, die Mindereinnahmen durch zusätzliche Einsparungen zu kompensieren.

¹ Verfassung des Kantons Aargau vom 25.06.1980, SR 131.227.

² Gesetz vom 27. März 2003 über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuch und Partnerschaftsgesetz (EG ZGB), SAR 210.100.

³ Gesetz vom 07. Mai 1980 über die Grundbuchabgaben, SAR 725.100.

Was sind Grundbuchabgaben? Einordnung der Grundbuchabgaben im Abgabenrecht:

Öffentliche Abgaben sind Geldleistungen, welche dem Staat geschuldet sind und die der Deckung des allgemeinen staatlichen Finanzbedarfs dienen. Sie lassen sich unterteilen in Kausalabgaben, zu welchen die Gebühren gehören, und Steuern.

- *Gebühren* stellen Entgelte für bestimmte, von der gebührenpflichtigen Person veranlasste Leistungen oder die Benutzung öffentlicher Sachen oder Einrichtungen dar. Sie dienen der Deckung jener Kosten, welche dem Gemeinwesen durch die erbrachten Leistungen oder die Benutzung öffentlicher Sachen oder Einrichtungen entstanden sind.
- *Steuern* werden dagegen zur Finanzierung des allgemeinen Staatshaushalts erhoben.

Eine besondere Kategorie stellen die *Gemengsteuern* dar. Darunter fallen öffentliche Abgaben, die ebenfalls aufgrund einer staatlichen Gegenleistung geschuldet sind. Gemengsteuern decken allerdings nicht nur die verursachten Kosten, sondern enthalten bewusst auch einen Steueranteil. Bei den Grundbuchabgaben, wie sie im heute geltenden Gesetz über die Grundbuchabgaben vom 07.05.1980 vorgesehen sind, handelt es sich um eine solche Gemengsteuer.

Im Unterschied zu vielen anderen Kantonen kennt der Kanton AG keine Handänderungssteuer. Der Steueranteil bei grundbuchlichen Vorgängen für die Finanzierung der allgemeinen Staatsaufgaben wird somit nicht separat erhoben.

Für die *Minderheit des Grossen Rats* und den *Regierungsrat* ist der Steueranteil bei den Grundbuchabgaben für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Kantons angesichts der aktuellen und für die nächsten Jahre prognostizierten äusserst schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen unverzichtbar. Ein Einnahmefall in der Höhe von CHF 33 Mio. jährlich wäre ohne eine spürbare Reduktion der staatlichen Leistungen oder eine generelle Steuererhöhung zulasten aller Steuerpflichtigen nicht zu bewältigen. Darüber hinaus bestünde aufgrund der im interkantonalen Vergleich tiefen Handänderungsabgaben kein Standortnachteil für den Kanton AG.

Gegen den Beschluss des Grossen Rats wurde mit 60 Stimmen das Behördenreferendum ergriffen. Daher untersteht die Vorlage der Volksabstimmung.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

BL



1. Formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»

NEIN (75.50%)

Stimmbeteiligung

41.84%

Die Initiative fordert, dass Kanton und Gemeinden den Eltern bei der Frage, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder ein familienergänzendes Betreuungsangebot in Anspruch nehmen, eine

«angemessene Wahlfreiheit» ermöglichen.

Der vorgeschlagene Verfassungstext sieht folgendes vor:

- Die finanzielle *Unterstützung* soll in Form einer *Subjektfinanzierung* durch die Gemeinden erfolgen. Mit anderen Worten heisst dies, dass die Gemeinden Beiträge in Form von Gutscheinen, Bargeld oder einer Tarifiereduktion an diejenigen Eltern ausrichten, die eine familienergänzende Betreuung in Anspruch nehmen. Daneben erlaubt der Initiativtext auch eine direkte Ausrichtung der Beiträge an die Erziehungseinrichtungen.
- Die Initiative legt die Zuständigkeit für die *Anerkennung* der Kinderbetreuungseinrichtung in die Verantwortung des Amts für Kind-, Jugend- und Behindertenangebote; diese Schlüsselfunktion kommt damit dem Kanton zu.
- Zur Förderung der *Aus- und Weiterbildung* des Betreuungspersonals wird der Kanton ermächtigt, Beiträge an anerkannte Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung zu gewähren.

In den letzten Monaten wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons BL mehrmals aufgefordert, sich zur Familienpolitik des Kantons zu äussern:

Am 08.11.2015 haben sich die Stimmberechtigten des Kantons BL mit 58% Ja- Stimmen für das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB-Gesetz) ausgesprochen. Zugleich hat der Souverän die Gesetzesinitiative «Für eine unbürokratische und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich» mit 77% Nein-Stimmen abgelehnt. Mit Blick auf die Abstimmungsunterlagen vom November 2015 hat sich der Regierungsrat daher entschieden, die Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung» dem Stimmvolk zu einem späteren Zeitpunkt vorzulegen und das Inkrafttreten des FEB-Gesetzes von der Ablehnung der nun zur Abstimmung stehenden Initiative abhängig zu machen.

Die Verfassungsinitiative schreibt den Gemeinden die Subjektfinanzierung vor und unterscheidet sich dadurch vom FEB-Gesetz. Dieses belässt den Gemeinden bei der Frage des Finanzierungsmodells vollständige Autonomie und ermöglicht es ihnen, eine auf ihre Verhältnisse zugeschnittene Lösung zu wählen, so der Regierungsrat.

Das Initiativkomitee wirbt mit folgenden Argumenten für die Unterstützung der Verfassungsinitiative:

- Die vorgeschlagene Verfassungsänderung schaffe schlanke Rahmenbedingungen für eine moderne familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton BL.
- Allen Eltern im Kanton soll eine echte Wahlfreiheit bei der Auswahl der Kinderbetreuungsstätte ermöglicht werden. Während die Eltern nach geltendem Gesetz vom Entgegenkommen der Gemeinde abhängig seien, werde mit der Initiative der Grundsatz verankert, dass künftig jene Betreuungsstätte gewählt werden kann, die am besten zur eigenen Familiensituation passt. Damit verbessere die Initiative die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit.
- Den Gemeinden ermögliche die Vorlage nach wie vor eine Kostenkontrolle und beliesse diesen bei der Festlegung der Beitragshöhe volle Autonomie.

2. Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes

(Parlamentarische Initiative vom 30. Januar 2014 «Einführung Lehrplan 21»)

Stimmbeteiligung

NEIN (52.71%)
41.78%

Anlässlich der Einführung des Lehrplans 21 fordert die parlamentarische Initiative eine Änderung bzw. Verschiebung der Kompetenz im Bildungsgesetz: Für die Erarbeitung des Lehrplans 21 soll weiterhin der Bildungsrat zuständig sein, dieser soll aber neu vom Parlament genehmigt werden. Ziel ist dabei, dass der Landrat – beschränkt auf die Einführung des Lehrplans 21 – die Kompetenz

erhält, diesem zuzustimmen oder ihn zu verwerfen. Gleichwohl kann der Landrat selbst keine Änderungen am Lehrplan anbringen: Genehmigt er den Lehrplan nicht, würde das Geschäft mit den entsprechenden Aufträgen an den Regierungsrat – zuhanden des Bildungsrates – zurückgewiesen.

Im Kanton BL wird der Lehrplan bislang vom Bildungsrat als gesetzliche Vollzugsbehörde in alleiniger Kompetenz beschlossen. Dabei werden die Mitglieder des Bildungsrates vom Landrat – dem Kantonsparlament – gewählt, der seinerseits über Vorgaben im Gesetz Einfluss nehmen kann.

Wodurch unterscheidet sich der «Lehrplan 21» vom «Lehrplan Volksschule BL»?

Für die Volksschule steht den Kantonen mit dem Lehrplan 21 eine Lehrplanvorlage der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz zur Verfügung. Der Lehrplan 21 steht im Zusammenhang mit Art. 62 Abs. 4 der Bundesverfassung, welcher die Kantone auffordert, das Schulwesen bezüglich der Ziele der Bildungsstufen zu harmonisieren.

Der Lehrplan Volksschule BL ist der durch den Bildungsrat beschlossene Lehrplan. Der Bildungsrat hat die Mustervorlage Lehrplan 21 genutzt, für den Kanton BL allerdings Anpassungen vorgenommen. Der Lehrplan Volksschule BL ist somit die angepasste Baselbieter Version des Lehrplans 21.

Der Landrat hat die parlamentarische Initiative am 02.10.2014 an die landrätliche Bildungs-, Kultur- und Sportkommission zur Erarbeitung einer Vorlage überwiesen. Am 24.09.2015 hat er die entsprechende Änderung des Bildungsgesetzes beschlossen.

Die Meinungen zur Parlamentarischen Initiative waren geteilt: Die *Befürworterinnen und Befürworter* der Gesetzesänderung erhoffen sich eine gesellschaftlich und politisch breitere Abstützung des Lehrplans 21; die *Gegnerinnen und Gegner* hingegen befürchten einen Rückschritt in der interkantonalen Harmonisierung des Bildungswesens, eine Politisierung der Bildung und eine Beeinträchtigung der Planungssicherheit der Schulen.

Was machen andere Kantone?

Lehrpläne werden in den Deutschschweizer Kantonen auf Antrag der jeweiligen Direktion durch den Regierungsrat oder den Bildungsrat bzw. Erziehungsrat beschlossen. In vierzehn Kantonen ist diese Kompetenz dem Regierungsrat und in sieben Kantonen einem Bildungsrat zugeordnet. In keinem der 21 deutsch- beziehungsweise mehrsprachigen Kantone ist gegenwärtig das Parlament für Lehrpläne zuständig – oder muss dieser durch das Parlament genehmigt werden. Die Einflussnahme der Parlamente erfolgt über Vorgaben im Gesetz. Derzeit gibt es allerdings in verschiedenen Kantonen Initiativen und Vorstösse, den kantonalen Parlamenten weitergehende Kompetenzen in Bezug auf die Einführung des Lehrplans 21 zu übertragen bzw. dessen Einführung zu verhindern.

Weshalb kommt es zu einer Volksabstimmung? Diese Gesetzesänderung unterliegt gemäss § 30 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung⁴ der obligatorischen Volksabstimmung, nachdem sie vom Landrat mit weniger als vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder beschlossen worden ist (50:35).

⁴ Verfassung des Kantons Basel-Landschaft (KV) vom 17.05.1984 (SR 131.222.2)

**3. Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes
(Parlamentarische Initiative vom 8. Mai 2014, «Verzicht auf
kostentreibende Sammelfächer»)
Stimmbeteiligung**

**JA (60.95%)
41.83%**

Bislang wurden Schulfächer wie Geografie und Geschichte an der Sekundarschule einzeln unterrichtet. Im Rahmen der schweizweiten Bildungsharmonisierung besteht nun eine Lehrplan-Vorlage für die Kantone, der so genannte Lehrplan 21. Dieser sieht die Schaffung von *Fächerverbunden* («Sammelfächer») vor, in denen die bisher einzeln unterrichteten Fächer zusammengefasst werden. Die vorliegende Initiative richtet sich gegen die Fächerverbände. Der Unterricht in Einzelfächern soll deshalb im Bildungsgesetz festgeschrieben werden.

Jeder Kanton entscheidet selbst über die Anwendung der Vorlage Lehrplan 21 (vgl. oben). Im Kanton BL gilt grundsätzlich der «Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft», der 2014 vom zuständigen Bildungsrat beschlossen wurde und für den Kindergarten sowie die Primarschule bereits umgesetzt wird. Für die Sekundarstufe sind, in Anwendung der Vorlage Lehrplan 21, folgende Fächerverbände vorgesehen:

- Natur und Technik (NT) mit Physik, Chemie und Biologie,
- Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (WAH) mit Hauswirtschaft,
- Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG) mit Geografie und Geschichte,
- Ethik, Religionen, Gemeinschaft (ERG) mit Lebenskunde.

Die Meinungen zur Änderung des Bildungsgesetzes gehen auseinander:

Diejenigen, welche die Gesetzesänderung *unterstützen*, befürchten erstens durch die Einführung von Fächerverbänden an der Sekundarschule eine Verringerung der Bildungsqualität. Sekundarlehrpersonen seien oft nicht in allen Einzelfächern eines Fächerverbundes ausgebildet und könnten so nicht die erforderliche Qualität des Unterrichts gewährleisten. Zweitens führten die notwendigen Weiterbildungen zu erheblichen Mehrkosten. Drittens würden angehende Sekundarlehrpersonen durch die Ausbildung in mehreren Disziplinen zu Allroundern, welche in vielen Fächern zwar Grundkenntnisse hätten, in den einzelnen Fächern jedoch über weniger Fachwissen verfügten.

Die *Gegnerinnen und Gegner* der Gesetzesänderung heben hervor, dass

- durch Fächerverbände auf der Sekundarstufe I das vernetzte Denken gefördert und ein breites Allgemeinwissen vermittelt würde;
- Fächerverbände eine stärkere Lernbeziehung zwischen den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern ermöglichten – einerseits weil sie mehr Zeit mit einander verbringen und andererseits sich die Zahl der Lehrkräfte pro Klasse reduziert. Damit könnten Einzellektionen und Jahreslücken verhindert werden;
- übergreifende Fachbereiche auf der Sekundarstufe I in anderen Kantonen und der Berufsbildung bereits heute gängige Praxis seien und im Baselbiet seit der Einführung des Lehrplans von 2004 der Fächerverbund Biologie mit Chemie für die Sekundarschule existiere.

Der Bildungsrat weist auf die Möglichkeit hin, dass Fächerverbände durch mehrere einzelfachlich qualifizierte Lehrpersonen erteilt werden könnten.

Der Landrat hat am 24.09.2015 die Änderung des Bildungsgesetzes beschlossen. Da die 4/5-Mehrheit von 67 Stimmen nicht erreicht wurde (Abstimmungsergebnis 52:29), kommt es zur obligatorischen Volksabstimmung.

4. Änderung vom 3. Dezember 2015 des Gesetzes über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz)

Stimmbeteiligung

JA (81.99%)

41.81%

Die parlamentarische Initiative «Für eine unparteiische Justiz» möchte das Gerichtsorganisationsgesetz mit einer Zusatzbestimmung ergänzen. Die Neuregelung betrifft Mitglieder des Kantonsgerichts – der obersten Gerichtsstanz des Kantons BL –, die neben ihrem Richteramt auch den Anwaltsberuf ausüben. Sie sollen nicht mehr anwaltlich vor Gerichten und Verwaltungsbehörden auftreten dürfen, wenn ein Verfahren auf dem Rechtsmittelweg vor eine Abteilung des Kantonsgerichts gezogen werden kann, der sie als Gerichtsmitglied zugeteilt sind.

Aus Sicht der Unterzeichnenden der parlamentarischen Initiative sind derartige Rollenvermischungen gegenüber der Bevölkerung nicht vermittelbar und von unterlegenen Verfahrensbeteiligten nur schwer zu akzeptieren. Deshalb fordert die Initiative, dass Kantonsrichterinnen und Kantonsrichter in dem Rechtsgebiet, in dem sie richterlich tätig sind, keine anwaltlichen Parteivertretungen mehr vor vorinstanzlichen Gerichten und Verwaltungsbehörden wahrnehmen können. Dadurch würde die Konstellation verunmöglicht, dass ein Kantonsgerichtsmitglied einerseits vor einem erstinstanzlichen Gericht den Sonderinteressen der vertretenen Verfahrenspartei zum Durchbruch verhilft und andererseits – im gleichen Rechtsgebiet – als Mitglied des obersten kantonalen Gerichts daran mitwirkt, die verbindliche Rechtslage zu definieren.

Die Initiative soll das Vertrauen in eine gerechte, unabhängige und unparteiische Justiz stärken. Die Gesetzesänderung wird von den Gerichten des Kantons BL befürwortet; auch der Regierungsrat BL äusserte sich in seiner Stellungnahme an den Landrat zustimmend.

Auch für diejenigen Landratsmitglieder, welche der Initiative nicht zugestimmt haben, gilt es die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte zu wahren. Aus ihrer Sicht würde aber die neue Gesetzesbestimmung mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen. Insbesondere wird befürchtet, die Einschränkung der Anwaltstätigkeit könnte das Kantonsrichteramt unattraktiver machen, was die künftige Rekrutierung von geeigneten Gerichtsmitgliedern erschwere.

Wieso kommt es zu einer Volksabstimmung? Diese Gesetzesänderung unterliegt gemäss § 30 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung BL der obligatorischen Volksabstimmung, nachdem sie vom Landrat mit weniger als vier Fünfteln (also 44:39) der anwesenden Mitglieder beschlossen worden ist.

5. Landratsbeschluss vom 3. Dezember 2015 betreffend Universität

Basel; Umsetzung der Pensionskassengesetz (PKG)-Reform beim Vorsorgewerk der Universität Basel in der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt; Sicherung der Umsetzung der Strategie der Universität; Zusatzfinanzierung 2017 bis 2021; partnerschaftliches Geschäft

Stimmbeteiligung

JA (64.2%)

42.09%

Die Universität Basel muss aufgrund der auf den 01.01.2016 abgeänderten Gesetzesgrundlage ihren Vorsorgeplan innerhalb der Pensionskasse des Kantons BS (PKBS) anpassen und dafür zusätzliche Mittel aufwenden. Damit die Universität Basel ihren Leistungsauftrag erfüllen kann, haben die beiden Trägerkantone BL und BS für die Jahre 2017 bis 2021 eine Zusatzfinanzierung in der Höhe von CHF 30 Mio. vereinbart. Beide Kantone sollen in diesen Jahren zusätzlich zum Globalbeitrag jährlich eine Summe von CHF 3 Mio. (total CHF 15 Mio. pro Kanton) leisten.

Diese Zusatzfinanzierung ist gleichzeitig Teil einer Vereinbarung zwischen den Trägerkantonen der Universität Basel: Danach entrichtet BS gegenüber BL im Zeitraum 2016-2019 Zahlungen zur Entlastung der angespannten Finanzlage in Höhe von insgesamt CHF 80 Mio., wenn sich BL unter anderem an der Zusatzfinanzierung zu Gunsten der Pensionskasse der Universität Basel beteiligt. Falls dies nicht geschieht, würde die Entlastungszahlung aus BS an BL hinfällig.

Der Landrat BL hat am 03.12.2015 der Zusatzfinanzierung zugestimmt. Dagegen hat die SVP BL am 04.02.2016 das Finanzreferendum ergriffen. Da bei Annahme des Referendums die Zahlung von CHF 80 Mio. aus BS entfällt, fordert die SVP BL als finanzielle Kompensation, der Kanton BL solle die Immobilienvereinbarung aufkündigen.

Der Regierungsrat hält dieser Forderung entgegen, der bis mindestens 2021 gültige Staatsvertrag zur Trägerschaft der Universität Basel bewirke, dass sämtliche Kosten der Universität Basel über eine hälftige Teilung des Restdefizits von den Trägerkantonen finanziert wird. Eine Aufkündigung des Immobilienvertrages bewirke somit keine Entlastung des Kantons BL.

Warum eine Volksabstimmung? Der obenerwähnte Landratsbeschluss unterliegt der Volksabstimmung gemäss § 31 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung (fakultatives Finanzreferendum), nachdem die Landeskanzlei mittels Verfügung das Zustandekommen des Referendums am 01.03.2016 festgestellt und am 03.03.2016 im Amtsblatt publiziert hat.

6. Änderung vom 28. Januar 2016 des Bildungsgesetzes aufgrund der nichtformulierten Volksinitiative

«Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere»

Stimmbeteiligung

JA (84.64%)
42.14%

Brückenangebote sind einjährige Bildungsgänge, die den Übertritt von der Sekundarschule I in die Berufsbildung erleichtern. Die Initiative fordert, dass den Brückenangeboten im Bildungsgesetz ein grösseres Gewicht zuerkannt wird. In «§ 3 Begriffe» des Bildungsgesetzes sollen die Brückenangebote neu als eigenständige Bildungsstufe aufgeführt und gleichzeitig ihre Funktionalität umschrieben werden.

Der Regierungsrat BL hat im Rahmen des Entlastungspaketes 2012–2015 die Aufhebung der Kaufmännischen Vorbereitungsschule (KVS) vorgesehen. Begründet wurde dieser Entscheid damit, dass alternative Brückenangebote bestünden und kurz zuvor ein zweijähriges eidgenössisches kaufmännisches Berufsattest (EBA) eingeführt worden sei. Das seit 2008 bestehende Berufsattest bereitet die Jugendlichen in einer zweijährigen dual aufgebauten Grundbildung auf eine Berufstätigkeit im kaufmännischen Sektor vor. Gleichzeitig kann das Berufsattest auch als erstes Lehrjahr an eine einschlägige Grundausbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) angerechnet werden.

Zur Erhaltung der KVS wurde am 22.08.2011 die nichtformulierte Volksinitiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere» eingereicht. Der Landrat beschloss am 22.03.2012 mit 66 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen die Annahme der Initiative. In der Folge nahm der Regierungsrat das Anliegen auf.

Durch die Annahme der Initiative würden Brückenangebote namentlich für den Dienstleistungssektor, den kaufmännischen Bereich, das Gewerbe, die Industrie und die Hauswirtschaft im Bildungsgesetz verankert. Die Gesetzesänderung bezweckt jedoch keine Einschränkung weiterer Brückenangebote in anderen Sektoren.

Die Änderung vom 28.01.2016 des Bildungsgesetzes basiert auf der nichtformulierten Volksinitiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere» vom 30.06.2011 und unterliegt gemäss § 30 Abs. 1 Bst. d KV der obligatorischen Volksabstimmung.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

BS



1. Grossratsbeschluss vom 9. Dezember 2015 betreffend Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (Bankgesetz) **JA (75.25%)**
Stimmbeteiligung **52.66%**

Die vorliegende Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (BKB)⁵ bezweckt zweierlei: Einerseits die Anpassung des Gesetzes an die veränderten gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie an neue Gegebenheiten im Bankensektor, andererseits die genauere Regelung der Verantwortlichkeiten und die Ausrichtung der Organisationsstruktur der BKB auf das heutige Umfeld. Durch diese Massnahmen sollen Risiken für den Kanton reduziert werden.

Wie die Tabelle (vgl. S. 14) zeigt, hat die Totalrevision eines Kantonalbankengesetzes Seltenheitswert. Die letzte Totalrevision eines solches Gesetzes fand zum letzten Mal vor sechs Jahren statt. In beinahe allen Kantonen ist das einschlägige Kantonalbankengesetz vor mindestens 10 Jahren, in 14 Kantonen gar vor 20 Jahren in Kraft getreten. Aus diesem Grund geht der Newsletter auf die wichtigsten Änderungen der Vorlage im Kanton BS im Detail ein.

La révision totale d'une loi sur la banque cantonale n'est pas si courante, ainsi qu'en témoigne le tableau en page suivante ; la dernière en date a plus de six ans, et presque toutes ont plus de 10 ans, voire plus de 20 ans dans 14 cantons. C'est la raison pour laquelle la Newsletter présente en détail les principales modifications prévues par la nouvelle loi bâloise.

Das derzeit gültige Gesetz stammt aus dem Jahre 1994 und weist nach Ansicht des Regierungsrats aus verschiedenen Gründen Reformbedarf auf. Erstens haben sich seit 1994 die gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen auf Bundesebene geändert. Zweitens wurde der Schweizer Bankensektor von einem tiefgreifenden Umbruch erfasst, dem sich auch die Kantonalbanken nicht entziehen konnten, zumal deren Sonderstatus schon seit den 1990er Jahren deutlich eingeschränkt wurde.

Im Detail sieht das revidierte Gesetz über die BKB folgende Neuerungen vor:

- *Leistungsauftrag*: Neben ihrem ursprünglichen Leistungsauftrag, Geld- und Finanzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen, soll die BKB zu einer ausgewogenen sowie ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung des Kantons BS beitragen und die Chancengleichheit sowie die Gleichberechtigung fördern.

⁵ Gesetz über die Basler Kantonalbank vom 30. Juni 1994; SG 915.200.

Kanton	Titel des Erlasses	SR / RS	Datum der Veröffentlichung
SZ	Gesetz über die Schwyzer Kantonalbank	321.100	17.02.2010
AG	Gesetz über die Aargauische Kantonalbank (AKBG)	681.100	27.03.2007
OW	Gesetz über die Obwaldner Kantonalbank (Kantonalbankgesetz)	661.1	27.01.2006
BL	Kantonalbankgesetz	371	24.06.2004
GL	Gesetz über die Glarner Kantonalbank (Kantonalbankgesetz)	IX B/31/1	04.05.2003
UR	Gesetz über die Urner Kantonalbank (UKBG)	70.1311	02.12.2001
LU	Gesetz über die Umwandlung der Luzerner Kantonalbank in eine Aktiengesellschaft (Umwandlungsgesetz)	690	08.05.2000
GR	Gesetz über die Graubündner Kantonalbank	938.200	29.11.1998
TI	Legge sulla Banca dello Stato del Cantone Ticino	11.2.1.1.	25.10.1998
NE	Loi sur la Banque cantonale neuchâteloise (LBCN)	621	28.09.1998
BE	Loi sur la société anonyme Banque cantonale bernoise (LSABCBE)	951.10	23.11.1997
ZH	Kantonalbankgesetz	951.1	28.09.1997
SG	Kantonalbankgesetz	861.2	22.09.1996
AR	Gesetz über die Privatisierung und den Verkauf der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank	611.2	28.04.1996
VD	Loi organisant la Banque Cantonale Vaudoise (LBCV)	951.01	20.06.1995
SO	Gesetz über die Privatisierung der Solothurner Kantonalbank	617.11	04.12.1994
BS	Gesetz über die Basler Kantonalbank	915.200	30.06.1994
GE	Loi sur la Banque cantonale de Genève (LBCGe)	D 2 05	24.06.1993
VS	Loi sur la Banque cantonale du Valais	620.1	01.10.1991
FR	Loi sur la Banque cantonale de Fribourg	961.1	22.11.1988
TG	Gesetz über die Thurgauer Kantonalbank	951.1	21.03.1988
SH	Gesetz über die Schaffhauser Kantonalbank	951.100	31.01.1983
NW	Gesetz über die Nidwaldner Kantonalbank (Kantonalbankgesetz, NKBG)	866.1	25.04.1982
JU	Loi sur la Banque cantonale du Jura	951.11	26.10.1978
ZG	Gesetz über die Zuger Kantonalbank	651.1	20.12.1973
AI	Gesetz über die Appenzeller Kantonalbank	951.100	28.04.1940

- *Entflechtung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten:* Durch das BKB-Gesetz von 1994 kommen sowohl dem Regierungsrat als auch dem Grossen Rat Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zu. Durch die Totalrevision sollen die Verantwortlichkeiten klarer getrennt werden. Neu soll nicht mehr der Grosse Rat, sondern der Regierungsrat die Mitglieder des Bankenrates wählen. Dem Grossen Rat käme bei Annahme der Totalrevision die Rolle der Oberaufsicht zu. Mit dieser Änderung wird die Entpolitisierung des Bankrates angestrebt, was flexible und sachbezogene Entscheidungen ermöglichen soll.
- *Entpolitisierung:* Im Sinne einer Entpolitisierung ist im neuen Gesetz vorgesehen, dass keine Mitglieder des Grossen Rates oder des Regierungsrates in den Bankrat gewählt werden dürfen.
- *Anforderungsprofil der Mitglieder des Bankenrates:* Neu soll im Gesetz ein Anforderungsprofil festgelegt werden, welchem die Mitglieder des Bankrates zu entsprechen haben. Im Zuge der Totalrevision soll die Anzahl der Mitglieder des Bankrates reduziert und die lokale Verankerung gefördert werden, indem die Mehrheit der Mitglieder im Kanton BS wohnhaft sein muss. Zudem soll die Amtszeit der Mitglieder im Bankrat auf 16 Jahre beschränkt werden.
- *Risikoärmeres Geschäftsmodell:* Um zu verhindern, dass die BKB ein übermässiges Risiko eingeht, soll der spekulative Eigenhandel eingeschränkt werden. Zudem sollen der BKB besonders riskante Geschäfte untersagt werden. In gleichen Zuge soll auch die *Weissgeldstrategie* gesetzlich verankert werden, sodass die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen sind, um die Entgegennahme von un versteuerten Vermögenswerten zu verhindern.
- *Definition des Geschäftskreises:* Neu soll der sachliche und geografische Geschäftskreis eingeschränkt werden. Sowohl die Gründung von Tochtergesellschaften in der ausländischen Grenzregion als auch Geschäfte im Ausland wären danach nur zulässig, wenn hieraus keine unverhältnismässigen Risiken erwachsen und die Erfüllung der Geld- und Kreditbedürfnisse im Kanton nicht beeinträchtigt wird.
- *Abgeltung der Staatsgarantie:* Im Unterschied zu Privatbanken erfüllt die BKB einen öffentlichen Auftrag, weswegen sie von einer ausgedehnten *Staatsgarantie* profitiert. Anlässlich der Totalrevision soll für die Staatsgarantie eine Abgeltung im Gesetz verankert werden. Daneben soll die Staatsgarantie per Gesetz auf die Verbindlichkeiten der BKB beschränkt werden, wodurch deren Tochtergesellschaften wie die Bank Coop nicht mehr mit eingeschlossen werden.
- *Festlegung der Eignerstrategie:* Zur Erreichung der vom Kanton vorgegebenen strategischen Ziele soll der Regierungsrat gemäss Vorlage eine sog. Eignerstrategie festlegen, welche alle vier Jahre auf ihre Aktualität zu überprüfen ist und dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht werden muss.

Weshalb kommt es zu einer Volksabstimmung? Gegen den Gesetzesentwurf, welchem der Grosse Rat am 09.12.2015 mit deutlicher Mehrheit (bei nur einer Gegenstimme) zugestimmt hat, wurde das Referendum ergriffen.

Das Referendumskomitee lehnt die Totalrevision des Bankgesetzes insb. deshalb ab, weil aus seiner Sicht keine konsequente Regulierung der BKB (nach dem Schwarzgeld-, dem Eigenhandel- und dem ASE-Skandal⁶) vorgesehen wurde, und mit dem neuen Gesetz nicht die Bedingungen für eine stabile Zukunft geschaffen würden. Die gravierendsten Mängel des neuen Gesetzes verortet das Referendumskomitee in folgenden Bereichen:

- Keine ausreichende Einschränkung unethischer und umweltschädlicher Spekulationen;
- Keine konsequente Einschränkung des geografischen Geschäftsfeldes;
- Keine griffigen Anforderungen an die zukünftige Weissgeldstrategie der BKB;
- Keine wirksame Prävention von zukünftigen Skandalen;
- Kein Mitspracherecht für Bevölkerung und Parlament.

⁶ Vgl. GERNY Daniel, *Alle Alarmzeichen in den Wind geschlagen*, NZZ vom 18.06.2015, S. 12.

2. Grossratsbeschluss vom 6. Januar 2016 betreffend Neubau

Amt für Umwelt und Energie (AUE), Spiegelgasse 11/15,

Ausgabenbewilligung für das Bauprojekt

Stimmbeteiligung

JA (51.07%)
52.66%

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) befindet sich heute in einem sanierungsbedürftigen Gebäude an der Hochbergerstrasse 158 in Kleinhüningen. Anstelle einer Sanierung soll für das AUE an der Spiegelgasse 11/15 ein neues Bürogebäude erstellt werden. Das Neubauprojekt ist auf klimafreundliches Bauen ausgelegt: dank einer Photovoltaik-Fassade könnte der eigene Stromverbrauch gedeckt und der Bau, nach Meinung des Regierungsrats, so zu einem Vorbild werden.

Der Bau des neuen Bürogebäudes ist auf knapp CHF 16 Mio. (inklusive Mobiliar und Umzug) budgetiert. Angesichts der bautechnisch anspruchsvollen Lage und der nachhaltigen Bauweise sind die Baukosten aus Sicht der Kantonsbehörden angemessen. Die zusätzlichen Kosten für die klimafreundliche Bauweise sollen durch deutlich tiefere Energie- und Unterhaltskosten während der «Lebensdauer» des Gebäudes wieder eingespart werden.

Der Grundriss der Büroräume soll eine flexible Arbeitsplatzgestaltung ermöglichen. Das neue Gebäude würde zeitgemässe Arbeitsplätze in Gruppenbüros und zudem Platz für weitere Verwaltungsstellen bieten.

Das Referendumskomitee lehnt den Neubau für das Amt für Umwelt und Energie ab und erachtet diesen als überteuertes Bauprojekt. Hiernach werden die Hauptargumente skizziert:

- In der Innenstadt sollen nach Vorstellungen des Referendumskomitees keine neuen Verwaltungsgebäude entstehen, auch deshalb, weil diese zu mehr Verkehr mit erheblichem Parkplatzbedarf führen;
- die geplanten Büroflächen seien überteuert und
- das Projekt nutze die zur Verfügung stehenden Flächen nicht effizient genug.

3. Grossratsbeschluss vom 9. Dezember 2015 betreffend

Änderung des Organisationsgesetzes der Basler

Verkehrs-Betriebe (BVB-OG)

Stimmbeteiligung

JA (59.05%)
52.66%

Die BVB sind seit 2006 aus der Verwaltung ausgegliedert und eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt im vollständigen Eigentum des Kantons BS. Die Aufsicht über die BVB und deren Steuerung sind im Organisationsgesetz der BVB⁷ geregelt. Dieses entspricht gemäss Angaben der Kantonsbehörden nicht den heutigen Anforderungen und soll in einigen Bereichen angepasst werden.

Der Kanton BS kommt jährlich für einen erheblichen Anteil des Gesamtaufwands der BVB auf und leistete im Jahr 2014 einen Beitrag in der Höhe von rund CHF 70 Mio. Im Interesse der Steuerzahlenden soll nach Ansicht des Regierungsrats dementsprechend auch sichergestellt werden, dass der Kanton als alleiniger Eigentümer der BVB die nötigen Aufsichtsfunktionen wahrnehmen kann.

Das zentrale Anliegen bei der Gesetzesänderung ist deshalb die Schaffung aufsichtsrechtlicher Befugnisse des Regierungsrates als Vertreter des Eigentümers (Kanton BS) über die BVB. Das neue

⁷ Organisationsgesetz der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB-OG), vom 10.03.2004; SG 953.100.

Gesetz verankert darüber hinaus die politische Oberaufsicht des Grossen Rates. Die politische Aufsicht soll dabei klar von der Führung des Betriebs getrennt werden. Konkret heisst dies, dass weder Mitglieder des Grossen Rates oder des Regierungsrates noch für die BVB zuständige Mitarbeitende der Verwaltung zugleich Mitglieder des BVB-Verwaltungsrates sein dürfen.

Zusätzlich erhofft sich der Regierungsrat von der Anpassung der Finanzierungsmodalitäten für die Schieneninfrastruktur eine jährliche Einsparung bei der Mehrwertsteuer in der Höhe von rund CHF 1.5 Mio.

Mit Annahme der Vorlage wäre der Regierungsrat künftig für folgende Aufgaben zuständig:

- Genehmigung des Geschäfts- und Organisationsreglements der BVB;
- Wahl oder Abberufung der Revisionsstelle auf Antrag des Verwaltungsrates;
- Entscheid über die Verwendung des Jahresgewinns auf Antrag des Verwaltungsrates;
- Genehmigung des Geschäftsberichts (Jahresbericht und Jahresrechnung);
- Entgegennahme des Revisionsberichtes und Décharge-Erklärung an den Verwaltungsrat;
- Recht des Regierungsrates auf Berichterstattung durch den BVB-Verwaltungsrat.

Das neue BVB-Gesetz sieht daneben *weitere Kompetenzen des Regierungsrates* vor, damit dieser seinen Aufsichtspflichten gegenüber den BVB nachkommen kann. Dazu gehören insbesondere die Festlegung der Eignerstrategie und das Recht, die von ihm bestimmten Mitglieder des Verwaltungsrates auf die Einhaltung der definierten Grundsätze zu verpflichten. Nur so könne der Regierungsrat nach eigener Meinung sicherstellen, dass die Steuergelder, welche den BVB jährlich zur Verfügung gestellt werden, im Interesse der Allgemeinheit verwendet werden.

Demgegenüber bleiben die Kompetenzen des Grossen Rates von der Gesetzesänderung unangetastet: Der Grosse Rat entscheidet nach wie vor über die grundlegenden Entwicklungslinien sowie über Investitionen in Rollmaterial und Infrastruktur.

Ein *Referendumskomitee* ist gegen die Vorlage und lehnt die Änderung des BVB-Gesetzes aus folgenden Gründen ab:

- Die BVB ist ein selbstständiger Betrieb im Besitz der Basler Bevölkerung. Die Wahl von je drei BVB-Verwaltungsrätinnen und -Verwaltungsräten durch Parlament und Regierung hat bisher für Transparenz und kritische Kontrolle gesorgt. Die Gesetzesänderung wolle nun dem Parlament das Wahlrecht entziehen.
- In der Vergangenheit hätten Personal und Fahrgäste schlechte Erfahrungen mit den praxisfernen Entscheidungen von Verwaltungsrat und Management gemacht. Es brauche deshalb auch in Zukunft kundennahe Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte. Das Referendumskomitee ist aus diesem Grund gegen die Abschaffung der unabhängigen Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte.
- Bei der Auslagerung der BVB vor elf Jahren sei versprochen worden, dass die demokratische Kontrolle der BVB gewahrt bleibe. Diese demokratische Kontrolle wurde seither durch drei vom Grossen Rat gewählte Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte sichergestellt. Mit der Gesetzesänderung breche der Regierungsrat dieses Versprechen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



GE

1. Initiative populaire 154 «Pour des transports publics plus rapides!» **NON (58.72%)**

et

Loi pour une mobilité cohérente et équilibrée (Contreprojet à l'IN 154)

(11769), du 4 décembre 2015

OUI (67.81%)

Participation

51.61%

L'initiative populaire cantonale 154 « Pour des transports publics plus rapides ! » propose d'inscrire dans la Constitution de la République et canton de GE un nouvel alinéa, qui donne la *priorité aux transports publics* en aménageant le réseau et en réglant la circulation routière.

La majorité du Grand Conseil a refusé cette initiative mais a élaboré un contreprojet qui précise les modalités d'une mise en œuvre équilibrée de la priorité des transports publics au sein du canton basée sur la *complémentarité entre les différents modes de transport*.

Initiative :

Les arguments du comité d'initiative sont simples : offrir une réponse pragmatique et économe aux problèmes de mobilité. Son initiative répondrait tant aux problèmes de circulation qu'aux enjeux de santé publique, de protection de l'environnement et de financement des prestations.

Pour les initiants, GE serait le canton le plus engorgé par le trafic individuel motorisé, et dont les transports publics seraient les plus lents de toute la Suisse. Cette situation prêterait tant les habitants du canton que l'économie, qui dépend d'un transport professionnel efficace. En augmentant la vitesse et donc la cadence des transports publics, l'initiative permettrait d'accroître la fréquentation et ainsi les recettes liées à la billetterie des TPG.

Les transports publics genevois, les plus lents de toute la Suisse

Le canton de GE détient le triste record de la vitesse commerciale la plus basse de Suisse : avec sa moyenne de 15.2 km/h, Genève occupe la dernière place des 53 villes suisses évaluées. Pour comparaison, voici les résultats de quelques autres grandes villes : Bâle 24 km/h, Neuchâtel 21.4 km/h, Berne 19.9 km/h, Lausanne 17 km/h.

La solution passerait par le report du trafic individuel motorisé vers les transports publics et la mobilité douce. Afin d'encourager ce transfert, des transports publics plus rapides et efficaces seraient indispensables. Or, pour y parvenir, les transports publics devraient avoir la priorité sur le trafic individuel motorisé. La priorité accordée aux transports publics – déjà en vigueur dans la plupart des centres urbains suisses – offrirait des conditions positives en termes d'efficacité, de fluidité et d'attractivité, le tout sans entraîner le moindre coût. En effet, les mesures proposées seraient simples et peu coûteuses : il s'agirait de mettre en place une régulation des feux lumineux et des sites propres qui donnent la priorité aux trams, bus et trolleybus, alors qu'actuellement, seuls 24% du réseau bénéficient de l'avantage du site propre.

Contreprojet

Une majorité du Grand Conseil ne partage pas l'avis des initiants et considère que l'initiative 154 n'apporterait qu'une réponse partielle aux problèmes de mobilité que connaît aujourd'hui le canton. Pire, elle conforterait une opposition des modes de transport entre eux alors que GE a aujourd'hui besoin de solutions partagées tenant compte des besoins des différents usagers, basées sur la complémentarité des différents modes de transport.

La compétitivité économique du canton et de sa région, ainsi que les projections économiques et démographiques à l'horizon 2030 indiquent que la demande en déplacements va progresser. Ces différents facteurs nécessitent que le canton dispose de transports publics rapides et efficaces, sans pour autant prêter la fluidité d'autres modes de transport.

Si, de prime abord, l'objet de cette initiative paraît louable, une majorité du Grand Conseil considère qu'elle ne serait pas adaptée aux enjeux actuels et futurs du canton en matière de mobilité. Une mise en œuvre stricte de l'initiative aurait des effets contre-productifs pour les autres modes de transport, avec une dégradation des conditions générales de circulation. Le Grand Conseil a donc choisi de lui opposer un contreprojet proposant une approche pragmatique, globale, cohérente et équilibrée de tous les modes de transport, couplée à une mise en œuvre rapide. Ce contreprojet s'inscrit dans un nouveau texte, la loi pour une mobilité cohérente et équilibrée (11769) du 04.12.2015.

Selon le contreprojet, l'accessibilité de tous les modes de transport est garantie. Le territoire cantonal est organisé en trois zones, dans lesquelles certains modes de transport font l'objet d'une priorisation : l'hyper-centre (Zone I), les centres urbains (Zones II) du canton, le reste du canton étant hors zone.

L'avenir de la mobilité dans le canton de GE

Le contreprojet proposé par le Grand Conseil devrait constituer une première étape dans l'évolution des réseaux de transport du canton. Il déploierait ses effets avant la mise en service du CEVA et du réseau ferroviaire urbain et régional de 230 km et 45 gares genevoises, vaudoises et françaises prévus en 2019, un projet baptisé « le Léman Express ». Dès 2018, l'élargissement progressif de l'autoroute de contournement devrait permettre de renforcer la diminution de la circulation automobile au centre proposée par ce contreprojet. En 2030, la réalisation d'un périphérique autoroutier complet grâce à la grande Traversée du Lac, dont le principe est également soumis au vote des citoyens genevois (cf. ci-dessous N° 2), et l'extension souterraine de la gare de Cornavin, devraient permettre de maximiser les effets de cette évolution de la mobilité genevoise.

A noter qu'une minorité du Grand Conseil soutient l'initiative.

De son côté, le Conseil d'Etat estime qu'elle ne s'inscrit pas dans sa stratégie prévoyant une utilisation rationnelle et équilibrée des différents modes de transport. En revanche il soutient le contreprojet.

2. Initiative populaire 157 « OUI à la grande Traversée du Lac ! »

OUI (62.82%)

Participation

51.61%

Cette initiative propose d'inscrire dans la Constitution de la République et canton de GE :

- le *principe* de réalisation d'une grande Traversée du Lac permettant l'achèvement d'un périphérique autoroutier autour de Genève;
- le développement de *mesures d'accompagnement* pour réduire les nuisances dans les zones

urbanisées, renforcer l'efficacité des transports publics, favoriser la mobilité douce, créer de nouveaux espaces publics et aménager les rives avec les communes concernées;
• la possibilité d'un *partenariat public-privé* pour en accélérer la réalisation.

Pour le *comité d'initiative* (soutenu par une majorité du Grand Conseil), l'inscription de la grande Traversée du Lac dans la Constitution cantonale montrerait la détermination des Genevois, engagés auprès du Conseil d'Etat pour qu'elle figure dans l'arrêté fédéral sur le réseau des routes nationales⁸. Sa réalisation serait alors possible et son financement assuré.

Pour 2025, la Confédération a décidé d'élargir l'autoroute de contournement, un des « goulets d'étranglement » les plus saturés de Suisse. Dans ce contexte, la grande Traversée du Lac permettrait de créer enfin un périphérique. Il serait alors inutile alors d'emprunter les quais et de passer par le centre-ville pour traverser le canton, ce qui devrait provoquer une réduction du trafic de l'ordre de 30% au centre-ville.

Avec la Traversée du Lac, la place allouée aux transports publics serait augmentée et il serait par exemple possible de créer un nouvel axe de tram sur le pont du Mont-Blanc, une idée actuellement irréaliste.

Du point de vue du financement, la grande Traversée du Lac présenterait un grand avantage : son coût, de l'ordre de CHF 2.7 à 3.3 Mia., serait en principe pris en charge par la Confédération une fois l'arrêté fédéral modifié. Mais comme les projets d'infrastructures sont nombreux et les ressources limitées, un partenariat public-privé constituerait une alternative réaliste et intéressante, qui permettrait en particulier d'accélérer la réalisation de la Traversée du Lac.

De son côté, une *minorité du Grand Conseil* refuse l'initiative, car elle craint que la grande Traversée du Lac augmente le trafic et soit dangereuse pour la mobilité, l'aménagement de la région, l'environnement et la santé publique. Elle estime que le coût du projet serait difficilement supportable par les finances publiques cantonales, et que le recours à un partenariat public-privé ne serait pas non plus une bonne solution pour l'Etat.

Quant au *Conseil d'Etat*, partant du fait qu'il s'agit pour l'heure de se prononcer uniquement sur le *principe* d'une grande Traversée et non sur sa construction et son financement, il est d'avis que cette initiative constituerait une étape indispensable pour donner l'élan nécessaire à la réalisation d'un projet clé pour GE.

3. Loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes physiques

(LIPP) (Imposition d'après la dépense selon le droit
fédéral harmonisé) (D 3 08 – 11683), du 15 octobre 2015

Participation

OUI (53.96%)
51.61%

L'imposition d'après la dépense (« forfait fiscal ») est une procédure de taxation simplifiée, destinée aux étrangers qui résident en Suisse sans y exercer d'activité lucrative. Elle consiste à remplacer la déclaration complète des revenus et de la fortune par un calcul de l'impôt établi sur la base des dépenses générées par le train de vie du contribuable.

Le 30.11.2014, les citoyens genevois ont *refusé* une initiative qui visait à *supprimer* ce mode d'imposition. Ils ont également *refusé* le contreprojet qui mettait en œuvre au niveau cantonal la loi fédérale relative à cette imposition et qui prévoyait un durcissement des dispositions régissant l'imposition d'après la dépense.

⁸ Alors que pour l'instant ce projet n'est pas considéré comme une priorité par les services de Doris Leuthard, conseillère fédérale chargée des Transports.

Vu ce rejet, le Grand Conseil a dû adopter une *nouvelle* loi cantonale de mise en œuvre de la loi fédérale sur l'imposition d'après la dépense. Une minorité du Grand Conseil s'y oppose ; le Conseil d'Etat la soutient ; un comité a fait aboutir le référendum : les citoyens genevois trancheront.

En 2012, les Chambres fédérales ont adopté la loi fédérale sur l'imposition d'après la dépense⁹, qui prévoit un renforcement et une harmonisation des dispositions régissant ce mode d'imposition dans l'ensemble des cantons.

Parmi ces dispositions, il est prévu qu'en matière d'impôt fédéral direct, ce régime d'imposition ne peut pas être accordé en dessous d'un minimum de dépenses annuelles de CHF 400'000.-, alors qu'aucun plancher n'existait auparavant. Au niveau des impôts cantonaux, chaque canton est tenu de définir un seuil minimal s'agissant de ses propres impôts. Ce minimum est actuellement de CHF 300'000.- à GE.

Compte tenu du rejet du contreprojet, et dès lors qu'une loi est nécessaire pour mettre en œuvre le droit fédéral, la majorité du Grand Conseil a adopté une nouvelle loi cantonale, qui fixe notamment à CHF 400'000.- le minimum de dépenses annuelles devant être justifiées pour l'impôt cantonal, soit le même montant que pour l'impôt fédéral direct. S'agissant de la prise en compte de l'imposition sur la fortune, la nouvelle loi prévoit une majoration de 10% du montant de la dépense annuelle.

Une *minorité du Grand Conseil* s'oppose à cette nouvelle loi cantonale de mise en œuvre qu'elle considère comme une solution minimaliste ne rapportant pas suffisamment de recettes fiscales à l'Etat, à l'heure où le canton connaît un contexte financier difficile. Cette minorité estime notamment que le montant minimal des dépenses annuelles pour l'impôt cantonal devrait être fixé à CHF 600'000.-, et que la prise en compte de l'imposition sur la fortune devrait s'effectuer par une majoration de 20% du montant de la dépense annuelle sur laquelle l'impôt est calculé.

Le *comité référendaire* partage l'opinion des minoritaires ; à ses yeux, la solution retenue représenterait un énorme cadeau fiscal pour les plus riches. Si le canton de GE appliquait la solution retenue, par exemple, à LU ou à SG, il engrangerait CHF 65 Mio. de recettes fiscales supplémentaires sans risque de fuite des riches contribuables étrangers.

Quant au *Conseil d'Etat*, il constate qu'une claire majorité de Genevois et de Genevoises ont refusé tout à la fois d'abolir ce mode d'imposition et d'en durcir les dispositions au-delà de ce que prévoit le droit fédéral. Il estime que les citoyens ont ainsi souhaité que le droit fédéral soit mis en œuvre à GE avec mesure et sans excès de zèle inutile. Il salue le renforcement des dispositions du droit fédéral et souligne que GE a toujours appliqué ce mode d'imposition avec rigueur.

4. Loi modifiant la loi sur les démolitions, transformations et rénovations de maisons d'habitation (mesures de soutien en faveur des locataires et de l'emploi) (LDTR) (Plus de liberté pour les locataires) (L 5 20 – 11408), du 13 novembre 2015

Participation

NON (51.82%)
51.61%

Cette modification de la LDTR a pour objectif de permettre au locataire d'un appartement de l'acheter, pour autant que quatre conditions soient cumulativement remplies (cf. ci-dessous). Une majorité du Grand Conseil considère que cette loi améliorerait l'accession à la propriété, sans obliger quiconque à vendre ou à acquérir un appartement, aucun logement n'étant ni créé ni soustrait de la sorte. Elle fait l'objet d'un référendum lancé par les milieux de protection des

⁹ Loi fédérale sur l'imposition d'après la dépense du 28.09.2012, qui modifie 1. La loi fédérale du 14.12.1990 sur l'impôt fédéral direct et 2. La loi fédérale du 14.12.1990 sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (FF 2012 7637).

locataires qui dénoncent un démantèlement de la LDTR et une révision qui favoriserait la vente des appartements plutôt que les baisses de loyer.

La loi actuelle prévoit déjà, à son article 39, alinéa 3, la possibilité de vendre un appartement au locataire en place pour autant qu'il ait occupé effectivement son logement depuis 3 ans au moins, que les locataires de l'immeuble aient obtenu la garantie de ne pas être contraints d'acheter leur appartement ou de partir et que le 60% d'entre eux au minimum aient formellement accepté cette acquisition.

Une *majorité du Grand Conseil* considère qu'en raison de la position du Tribunal fédéral dans une affaire genevoise la loi ne permet pas de garantir que la vente au locataire en place soit possible¹⁰. C'est pourquoi la principale modification introduite par la loi soumise à votation consiste à rendre automatique la délivrance de l'autorisation de vente si les conditions prévues sont réalisées. Par ailleurs, les conditions permettant cette vente sont modifiées :

- La durée pendant laquelle le locataire doit avoir occupé son appartement passe de 3 à 5 ans.
- La condition prévoyant que 60% au moins des locataires de l'immeuble doit avoir formellement accepté l'acquisition est supprimée.
- Le prix de vente de l'appartement ne doit pas dépasser 6'900 F le m² (PPE). Ce montant est indexé annuellement à l'indice genevois des prix à la consommation.
- Le locataire qui souhaite acquérir son appartement doit avoir formellement été informé de la teneur de l'article 271a, alinéa 1, lettre c CO (protection contre le congé-vente) qui prévoit que le congé donné par le bailleur est annulable lorsqu'il est donné dans le but d'amener le locataire à acheter l'appartement loué.

Selon la majorité du Grand Conseil, la loi soumise à votation permet une plus grande liberté contractuelle entre un propriétaire bailleur et son locataire, tout en garantissant qu'aucune contrainte ne pourra être exercée sur le locataire pour le forcer à acheter son appartement.

Une *minorité du Grand Conseil* s'oppose à cette loi. Elle estime qu'elle constitue un piège destiné à servir le seul profit des propriétaires-bailleurs et qu'il s'agit d'une attaque frontale contre la LDTR et d'un démantèlement de la protection contre les congés-ventes. Elle considère également que cette loi aurait pour effet d'ouvrir l'ensemble du parc locatif de logements à la vente par appartements, ce qui entraînerait un démantèlement progressif de ce parc.

Elle considère finalement que cela pourrait inciter un certain nombre de bailleurs à choisir avant tout des locataires qui sont prêts à acheter leur appartement et qui en ont les moyens, ce qui priverait la grande majorité des locataires d'un accès aux logements mis en location.

Les *milieux de défense des locataires* qui ont lancé le référendum sont encore plus virulents à l'encontre des milieux immobiliers qui ont défendu la loi et qui, sous prétexte de permettre à tous les locataires de devenir propriétaires, remettraient au goût du jour les congés-ventes.

Les propriétaires auraient toutefois tiré les leçons de leurs échecs : alors qu'autrefois ils exigeaient des locataires qu'ils achètent leur logement ou qu'ils le quittent, la nouvelle loi 11408 leur permettrait de choisir comme locataires uniquement ceux capables de payer le prix de vente. Il faudrait avoir suffisamment de revenus pour payer le loyer, mais aussi assez de fortune pour, à terme, acheter.

Alors que les logements accessibles sont rares, les milieux immobiliers voudraient réduire le parc locatif et augmenter la pénurie de logements à louer. Aujourd'hui, le locataire qui devient propriétaire libère un logement qui sera remis en location. Il peut acquérir l'une des nombreuses PPE existantes. Près de 40% des logements ont été construits en PPE depuis 10 ans.

¹⁰ Tribunal fédéral – 1C_68/2015, 1^{ère} Cour de droit public, Arrêt du 05.08.2015 ; l'arrêt peut être consulté en [cliquant ici](#).

Avec la loi 11408, le logement vendu serait perdu pour la location et deviendrait un objet de spéculation. En effet, si l'appartement était ensuite revendu, il le serait sans limite de prix. De même, si l'appartement était reloué à un tiers par le nouveau propriétaire, le loyer serait plus élevé et ne pourrait pas être contesté, puisque le prix d'achat le justifierait.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

JU



Modification de la Constitution cantonale visant à faire passer de huit à cinq le nombre de communes pouvant demander un référendum ou faire usage du droit d'initiative

OUI (88.4%)
38.3%

Participation

En matière de droits politiques, dans le canton du JU, la Constitution permet notamment aux communes de déposer une initiative populaire cantonale ainsi que de demander un référendum.

Depuis l'entrée en souveraineté du canton, il est requis un minimum de 8 communes pour revendiquer ces droits. Alors que le canton comptait 83 communes jusqu'au 31.12.2008, il en compte à présent 57.

La diminution de 8 à 5 communes se justifie donc par l'évolution des fusions engagées depuis le 01.01.2009, à savoir 26 communes de moins, sans compter que d'autres projets de fusions sont actuellement à l'étude.

Nous l'avons dit, la Constitution jurassienne permet aux communes, en matière de droits politiques, de déposer une initiative populaire cantonale ainsi que de demander un référendum¹¹, bien qu'à ce jour aucune initiative populaire n'ait été déposée par des communes et que la demande de référendum des communes n'ait été utilisée qu'à une seule reprise.

Le projet de modification a été mis en consultation par la commission de la justice en juin 2014 auprès des partis politiques, des communes et de diverses associations et fédérations concernées. Une très large majorité a approuvé le projet. A l'exception d'une commune et d'un parti politique, toutes les instances consultées se sont prononcées en faveur de ces modifications.

A l'instar de l'Assemblée constituante, il s'agit d'introduire un nouveau seuil incompressible permettant aux régions de faire valoir leurs droits. Au vote, en première lecture, la modification de la Constitution cantonale a été adoptée par 48 voix contre 7. Les députés qui se sont opposés au projet estiment que celui-ci favoriserait outrageusement les petites communes.

S'agissant d'une modification constitutionnelle, le scrutin est obligatoire en vertu de l'art. 77 lit. b de la Constitution jurassienne, même si l'objet semble rencontrer une large approbation.

¹¹ Constitution de la République et Canton du Jura du 20.05.1977 (RSJU 101) ; art. 75 al. 1 et 78 phrase introductive.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Message aux électeurs](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



NW

Volksinitiative zur Änderung des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Planungs- und Baugesetz, PBG) betreffend das hindernisfreier Bauen

Stimmbeteiligung

NEIN (72.77%)
48.68%

Diese Initiative fordert die Ergänzung des Bau- und Planungsgesetzes um eine Bestimmung, wonach neue Wohngebäude mit vier bis acht Wohneinheiten für Personen mit Behinderung einfach zugänglich gemacht und bedürfnisgerecht gestaltet werden sollten.

Der Landrat hat die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

Mit der Einführung des Nidwaldner Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht¹² sind sämtliche Anreize entfallen, neue Wohnbauten hindernisfrei und damit alters- und behindertengerecht zu planen. Lediglich die sich aus Bundesrecht ergebenden Mindeststandards für behindertengerechtes Bauen wurden ins neue Gesetz aufgenommen. Diese beziehen sich jedoch nur auf Neubauten mit mehr als acht Einheiten.

Die mit der Initiative geforderte Änderung des Planungs- und Baugesetzes wird damit begründet, dass hindernisfreie Wohnungen mehr Selbständigkeit im Alter und für Menschen mit Behinderungen ermöglichen, wodurch der Umzug in ein Pflegeheim vermieden werden könne. Damit bringe die Initiative nicht nur Betagten und Menschen mit Behinderungen einen Nutzen, sondern entlaste auch die Staatskasse, denn laut einer kantonalen Studie werden im Jahr 2035 fast 14'000 Personen im Kanton NW über 65 Jahre alt sein – doppelt so viele wie heute.

Vergleich mit anderen Kantonen

Die meisten Kantone haben strengere Bauvorschriften als der Kanton NW. So verpflichten die Kantone UR, AG, beide Appenzell, VS und BE zu hindernisfreiem Bauen ab vier Wohneinheiten. In den Kantonen BS, NE und GL müssen sogar ausnahmslos alle Wohnungen anpassbar erstellt werden.

Die Volksinitiative verlangt aber nicht, hindernisfreie Wohnungen auf Vorrat zu erstellen. Vielmehr sollen die Wohnungen so geplant und gebaut werden, dass sie bei Bedarf angepasst werden können.

Regierungsrat, Landrat und Kantonsbehörden lehnen ihrerseits die Volksinitiative ab und erachten die geltende Regelung als ausreichend. Eine Annahme der Initiative würde zu höheren Kosten im Wohnungsbau und folglich auch zu höheren Mieten führen. Regierungsrat und Landrat vertrauen auf die Eigenverantwortung der Bauherrschaften und sind überzeugt, dass diese Wohnbauten erstellen würden, welche der Nachfrage entsprechen. Am Markt sei ersichtlich, dass bereits heute die Bedürfnisse des hindernisfreien Bauens berücksichtigt werden. Ein Gesetz sei deshalb nicht notwendig.

¹² Gesetz vom 21.05.2014 über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (PBG), NGS 611.1.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Kantonale Volksabstimmung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

SG



Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit zur Finanzierung von Machbarkeitsstudie und Bewerbungsdossier Expo2027

NEIN (60.3%)
42.5%

Stimmbeteiligung

Die Parlamente und Regierungen der drei Kantone SG, TG und AR planen, die Realisierbarkeit der nächsten Landesausstellung im Jahr 2027 im Raum Bodensee-Ostschweiz¹³ zu überprüfen. Die notwendigen Abklärungen werden rund vier Jahre in Anspruch nehmen und gesamthaft CHF 9.5 Mio. kosten. Nicht beteiligen will sich derzeit der Kanton AI. Die Ständekommission des Kantons AI hat eine Kooperation jedoch zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen.

Im Kanton AR hat das Parlament die erforderlichen Mittel bereits bereitgestellt. In den Kantonen SG und TG haben die Parlamente die jeweiligen Kostenanteile ebenfalls bewilligt, aber die Kreditbeschlüsse der Volksabstimmung unterstellt. Sie findet in beiden Kantonen gleichzeitig am 05.06.2016 statt.

Nur wenn alle drei Kantone zustimmen, können die erforderlichen Abklärungen durchgeführt werden.

Für die Finanzierung der Arbeiten haben sich die Kantone auf folgenden Kostenteiler geeinigt: SG CHF 5 Mio., TG CHF 3 Mio. und AR CHF 0.8 Mio. Die restlichen Kosten von CHF 0.7 Mio. sollen aus Drittmitteln finanziert werden.

Der Kantonsrat des Kantons SG empfiehlt den Stimmbürgerinnen und -bürgern die Vorlage aus folgenden Gründen anzunehmen:

- ohne Machbarkeitsstudie entfielen jegliche Chancen auf eine Landesausstellung in der Ostschweiz, einer Region, in der noch nie eine Landesausstellung stattgefunden hat;
- eine Landesausstellung in der Ostschweiz könnte in der Region und in der ganzen Schweiz wesentliche wirtschaftliche und kulturelle Impulse auslösen, was jedoch eine seriöse Planung voraussetze, als deren Bestandteil die Machbarkeitsstudie zu verstehen ist;
- mit einer solchen Studie könne geklärt werden, wieviel eine Landesausstellung in der Ostschweiz kosten würde und wie gross der Anteil der beteiligten Kantone wäre. Die sorgfältige Überprüfung der Machbarkeit reduziere darüber hinaus die finanziellen Risiken und trage dazu bei, dass zu einem späteren Zeitpunkt auf einer klaren Grundlage über die Durchführung einer Landesausstellung in der Ostschweiz entschieden werden könne.

Bei Annahme der Vorlage könnten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach Vorstellungen des Kantonsrats voraussichtlich im Jahr 2019 in Kenntnis aller relevanten Fakten darüber abstimmen, ob eine Landesausstellung im Raum Bodensee-Ostschweiz tatsächlich stattfinden soll.

¹³ Für allgemeine Informationen zum Konzept der Landesausstellung vgl. *infra* TG.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Kantonale Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

SZ



1. Volksinitiative «Axen vors Volk – Für Sicherheit

ohne Luxustunnel»

Stimmbeteiligung

NEIN (62.8%)

45.7%

Die Initiative verlangt von den Behörden des Kantons SZ, sich mit allen rechtlich zulässigen Mitteln gegen das Tunnelprojekt A4 Neue Axenstrasse einzusetzen. Anstelle des Tunnelprojekts soll die Sicherheit für den Motorfahrzeug- und Langsamverkehr auf der bestehenden Axenstrasse verbessert werden.

Die Initiative wird unter anderem damit begründet, dass der Bau der neuen Axenstrasse zu einer Kapazitätserhöhung und damit zu mehr Transitverkehr führen würde. Des Weiteren seien die Kosten für die Realisierung des Projekts zu hoch.

Der Regierungsrat hingegen ist überzeugt, dass die Fertigstellung der Nationalstrasse am Axen im Interesse des Kantons SZ liegt: Die Verkehrssicherheit soll dadurch – insbesondere für Velofahrer und Fussgänger – erheblich verbessert und die Dörfer Brunnen und Sisikon vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Daneben sei es möglich, die alte Axenstrasse touristisch aufzuwerten.

Der Kantonsrat ist dem Antrag des Regierungsrates gefolgt und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Initiative abzulehnen.

2. Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes

Stimmbeteiligung

JA (66.4%)

44.7%

Mit der geplanten Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes¹⁴ sollen organisatorische Vorgaben für die Wahl- und Abstimmungsbüros sowie klare Gültigkeits- und Ungültigkeitsgründe für eine Stimmabgabe im Gesetz verankert werden. Zudem soll der Rechtsschutz bei kantonalen Wahlen eine Anpassung erfahren. Ziel ist es, das Vertrauen der Bevölkerung in die Effizienz der politischen Rechte stärken.

Die Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes geht auf Probleme bei der Ständeratswahl im Jahr 2011 zurück. Auf Grund der vielen leeren und ungültigen Stimmzettel erreichte damals nur ein Kandidat das absolute Mehr im ersten Wahlgang. Die Erhaltung des im zweiten Wahlgang gewählten Ständerates konnte durch den Kantonsrat erst an seiner ordentlichen Sitzung vom 14.12.2011 erfolgen, so dass an der Bundesratswahl vom gleichen Tag nur ein Ständerat des Kantons SZ teilnehmen konnte.

Daneben zeigte die Anfechtung der Ständeratswahl 2011 die Notwendigkeit der Schaffung eines innerkantonalen Rechtsmittels auf. Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung von kantonalen Wahlen

¹⁴ Gesetz vom 15.10.1970 über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz), SRSZ 120.100.

können derzeit weder beim Regierungsrat noch beim kantonalen Verwaltungsgericht angefochten werden. Die Beschwerdeführenden müssen sich mit ihrem Anliegen direkt an das Bundesgericht wenden.

In Reaktion auf die Wahlen 2011 nahm die Staatskanzlei umgehend Änderungen am Wahl- und Abstimmungsmaterial vor. Nach Informationen des Regierungsrats konnte dadurch in den folgenden Wahlen und Abstimmungen der Anteil ungültiger Stimmen markant gesenkt werden. Mit der Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes stehen nun folgende zusätzliche Anpassungen zur Diskussion:

- Bildung eines Ausschusses des Wahl- und Abstimmungsbüros zum Entscheid über Streitfälle (Stimmberechtigung, Gültigkeit Stimmabgaben);
- klare Differenzierung zwischen ungültiger Stimmabgabe und ungültigen sowie leeren Wahl- und Stimmzetteln;
- Schaffung eines neuen kantonalen Einspracheverfahrens gegen behördliche Vorbereitungs-handlungen bei Wahlen und Abstimmungen sowie zur Anfechtung des Endergebnisses bei Ständerats-, Kantonsrats- und Regierungsratswahlen;
- klare Regelung der Zuständigkeiten für die amtliche Feststellung von Wahl- und Abstimmungs-ergebnissen (Erwahrung).

Gegen diese geplante Gesetzesänderung ist ein Referendum zustande gekommen.

Das Referendumskomitee kritisiert, dass gemäss der vorliegenden Revision beim Vorliegen von Unregelmässigkeiten bei Wahlen betreffend Ständerat, Regierungsrat und Kantonsrat eine Einsprache-frist von lediglich 3 Tagen vorgesehen wurde. Faktisch verunmögliche diese Frist die Ausübung des Einspracherechts. Im Ergebnis heble der Schwyzer Kantonsrat damit das Beschwerderecht aus und gefährde den funktionierenden Rechtsstaat und letztendlich die Demokratie.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Erläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

TI



1. Iniziativa popolare « Rafforziamo la scuola media

– Per il futuro dei nostri giovani »

Partecipazione

NO (58.0%)
47.7%

Attraverso questa iniziativa popolare gli iniziativaisti intendono migliorare l'organizzazione della scuola media, per disporre di un'istituzione di qualità, adattata alla società che diventa sempre più eterogenea e complessa, e in grado di garantire un futuro alle nuove generazioni. Nello specifico, essi chiedono classi meno affollate e maggior sostegno agli allievi così da permettere loro di raggiungere gli obiettivi formativi al termine della scuola dell'obbligo.

Nel contempo, viene chiesta la generalizzazione di mense e doposcuola nelle scuole medie di tutto il Cantone per rispondere ai bisogni delle famiglie.

Argomentazioni del Comitato d'iniziativa

Meno allievi per classe, maggiore qualità: Un minor numero di allievi per classe permetterebbe un efficace insegnamento personalizzato e differenziato con migliori risultati nell'apprendimento. L'insegnamento differenziato persegue un duplice obiettivo: consente agli allievi con difficoltà di apprendimento di raggiungere un livello scolastico adeguato e permette a quelli più dotati di poter progredire al loro ritmo nell'acquisizione delle conoscenze.

Mense e doposcuola in tutte le scuole: Non sarebbe un lusso, ma sono servizi indispensabili per affrontare gli odierni bisogni delle famiglie e le accresciute esigenze del mondo del lavoro.

Rafforzare l'orientamento scolastico e professionale: Solamente grazie ad una buona qualità nell'orientamento dei giovani si favorirebbe un adeguato inserimento nel mondo scolastico e professionale e si ridurrebbero bocciature ed insuccessi, costosi non solo per il giovane, ma altrettanto per lo Stato e la società.

Minori spese per le famiglie e la società: Una scuola media rafforzata sarebbe un investimento basilare per tutti, che farebbe risparmiare ingenti spese alle famiglie, al Cantone e ai Comuni: si pensi ai costi della disoccupazione giovanile, ai costi dei giovani in assistenza sociale, ai costi delle riqualifiche scolastiche e professionali, ecc.

Per il futuro dei giovani: Il Cantone TI sarebbe in ritardo nelle spese per la scuola rispetto agli altri Cantoni, perché da anni effettua dei tagli miopi in questo importante settore. Sarebbe opportuno quindi voltare pagina e investire in modo intelligente nel futuro dei giovani ticinesi. Rinunciare al rafforzamento della formazione degli allievi per motivi finanziari contingenti non sarebbe saggio.

Argomentazioni di Governo e Parlamento

Premessa: Gli intenti dell'iniziativa sono indubbiamente condivisibili. La scuola deve proporre agli allievi un sistema educativo di qualità e ai docenti condizioni di lavoro adeguate, che permettano loro di svolgere il mandato educativo in modo ottimale.

« La scuola che verrà » e la riforma della scuola dell'obbligo: Il Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport (DECS) sta elaborando un progetto di riforma della scuola dell'obbligo – *La scuola che verrà* – che già si sta occupando di buona parte delle tematiche affrontate dall'iniziativa: l'introduzione della differenziazione pedagogica, della collaborazione tra docenti, il potenziamento del ruolo del docente di classe e alcuni aspetti dell'architettura scolastica.

Partecipazione dei Comuni al finanziamento della scuola media : L'iniziativa prevede la ripartizione dei costi generati dai servizi dalle mense scolastiche tra Cantone e Comuni, e la partecipazione di questi ultimi al finanziamento degli stipendi dei docenti della scuola media. Questa misura implicherebbe il trasferimento di costi pari a CHF 7.5 Mio. dal Cantone ai Comuni.

Risorse necessarie : Dal punto di vista finanziario l'implementazione e la sostenibilità dell'iniziativa risultano problematiche, perché una stima dei costi aggiuntivi generati dalle modifiche apportate dall'iniziativa per quanto riguarda i costi di esercizio tocca i CHF 37.5 Mio. l'anno (cui si aggiungono i CHF 7.5 Mio. a carico dei Comuni), senza tener conto degli investimenti.

2. Modifica della legge sui trasporti pubblici

SI (50.7%)

Partecipazione

47.7%

Il Gran Consiglio ticinese ha approvato una modifica della Legge sui trasporti pubblici del 06.12.1994 rendendo operativa la tassa di collegamento a carico dei generatori di importanti correnti di traffico a parziale copertura dei costi del trasporto pubblico.

Un comitato referendario si oppone a una tassa che spremerebbe ancor di più gli automobilisti ticinesi che già pagano le tasse di circolazione tra le più alte in Svizzera.

Secondo il parere delle autorità cantonali, la tassa di collegamento sarebbe dovuta solo da un limitato numero di generatori di importanti correnti di traffico. Si tratterebbe di circa 200 proprietari delle aree di posteggio con più di 50 stalli presenti nei 67 Comuni del Cantone maggiormente toccati dai problemi di congestione del traffico stradale (soprattutto Mendrisiotto e Luganese). I posteggi delle abitazioni non sarebbero soggetti alla tassa.

La finalità è duplice: da un lato s'intende conseguire una diminuzione del traffico stradale motorizzato riorientando le abitudini in particolare di pendolari e frontalieri, dall'altro vanno assicurati i mezzi per il finanziamento dei servizi di trasporto pubblico nell'intero Cantone.

Per contenere il traffico, soprattutto nelle ore di punta, occorrerebbe incoraggiare forme di mobilità alternativa all'automobile quali il trasporto pubblico, incentivare la mobilità aziendale, la condivisione dell'automobile (car pooling) e la mobilità lenta.

Sarebbe necessario migliorare ulteriormente le prestazioni per estendere all'intero territorio i grandi benefici resi possibili dalle gallerie di base del San Gottardo e del Monte Ceneri.

Per aumentare l'offerta occorrerebbe, rispetto ad oggi, assicurare al trasporto pubblico maggiori mezzi finanziari. Un tributo a carico dei grandi generatori di traffico sarebbe perciò giustificato e necessario.

Il comitato referendario è di un parere diametralmente opposto, particolarmente per le seguenti ragioni.

- La nuova tassa sarebbe ingiusta poiché non permetterebbe agli abitanti delle zone periferiche e delle valli di rinunciare all'uso dell'automobile, essendo il trasporto pubblico inadeguato alla domanda.
- La tassa potrebbe toccare anche le piccole realtà con meno di 50 posteggi; infatti la legge prevede di raggruppare anche i mappali adiacenti. Vi sarebbe un ulteriore aggravio di costi anche per le famiglie che si recano nei centri commerciali e nei negozi, dal momento che saranno costrette ad utilizzare l'automobile per fare la spesa. La tassa di collegamento graverebbe anche sui posteggi già oggi a pagamento, che saranno ancora più cari.
- Tassando i lavoratori e i consumatori che non hanno la possibilità di fare a meno dell'auto, non sarebbe possibile ridurre il traffico perché non avendo alternative continueranno ad utilizzare l'automobile.
- Solo condividendo l'automobile e incentivando la mobilità aziendale si ridurrebbe il numero di veicoli in circolazione. Per queste misure non sarebbe necessario prelevare alcuna tassa. Il finanziamento del trasporto pubblico in uno Stato moderno dovrebbe essere una priorità finanziata, come avviene in tutti gli altri Cantoni, con le imposte che già tutti i cittadini pagano e non con tasse supplementari.

3. Modifica della legge sull'Ente Ospedaliero Cantonale (EOC)

NO (54.6%)

Partecipazione

47.6%

La revisione di legge in votazione non riguarda la Pianificazione ospedaliera, che non può essere oggetto di referendum, ma si prefigge di rafforzare, nell'interesse dei pazienti ticinesi, la posizione dell'EOC e dell'offerta sanitaria ticinese nel contesto nazionale che registra una continua evoluzione e un'accresciuta concorrenza intercantonale.

Pertanto un comitato referendario dice NO alla revisione della Legge sull'Ente Ospedaliero Cantonale anche per dire NO alla Pianificazione ospedaliera.

Di seguito le modifiche più importanti portate dalla revisione legislativa:

- L'EOC potrà costituire società, assumere partecipazioni o rafforzare le collaborazioni con terzi, unicamente con il consenso del Gran Consiglio e alle stesse condizioni quadro vigenti nella sanità pubblica, quali la presenza del medico primario, il rispetto del contratto collettivo di lavoro e la messa a disposizione di posti di formazione.
- L'EOC potrà gestire l'intero percorso di cura del paziente, dalla fase acuta ospedaliera a quella di minore intensità, fino al rientro a domicilio, conformemente alle pianificazioni cantonali e federali.
- L'EOC potrà disporre di un capitale di dotazione sul quale matureranno interessi a favore del Cantone e presenterà i propri conti secondo le più recenti disposizioni in materia, analogamente ad altre aziende parastatali.

Il *comitato referendario* ritiene dal canto suo che la revisione della Legge sull'EOC sarebbe un ulteriore e pericoloso passo verso lo smantellamento del servizio pubblico ospedaliero e verso la subordinazione della sanità alle logiche di mercato. Ciò avviene nel quadro di una ridefinizione del settore ospedaliero cantonale, dei suoi obiettivi e delle sue strutture. La modifica in votazione è intimamente legata alla nuova Pianificazione ospedaliera e alla sua messa in atto.

Per di più le proposte modificazioni riguarderebbero:

- la privatizzazione che comporta la trasformazione degli ospedali pubblici in SA con la partecipazione 50/50 tra pubblico e privato, come nel caso dell'ospedale la Carità di Locarno in fusione con la clinica Santa Chiara o come la creazione del centro donna-madre-bambino a Sorengo con il gruppo Genolier;
- il taglio nell'offerta ospedaliera a Faido e ad Acquarossa, tramite la chiusura dei Pronto Soccorso con lo smantellamento del settore acuto (medicina e geriatria);
- il rafforzamento della logica di mercato nella gestione di ciò che rimarrà dell'EOC, assegnandogli un proprio capitale di dotazione, con indicazioni sulle attese di redditività.

4. Iniziativa popolare « Giù le mani dagli ospedali! »

NO (51.3%)

Partecipazione

47.7%

Quest'iniziativa popolare legislativa concretizzata attraverso una modifica dell'articolo 4 e l'aggiunta di un articolo 4^{bis} alla Legge sull'Ente Ospedaliero Cantonale (EOC) del 19.12.2000, chiede di:

- mantenere l'elenco degli ospedali gestiti dall'EOC previsto dalla legge attuale, che comprende anche l'ospedale di Vallemaggia;
- garantire nei quattro ospedali regionali di Bellinzona, Locarno, Lugano e Mendrisio:
 - i reparti di medicina interna, chirurgia, pediatria, ginecologia, ostetricia e terapia intensiva;
 - le prestazioni di Emergenza e Pronto Soccorso con apertura 24 ore al giorno e 7 giorni su 7, secondo la relativa direttiva del Dipartimento della sanità e della socialità del 04.06.2007;

- **garantire negli ospedali di zona di Blenio, Leventina e Vallemaggia, nell'ambito del servizio di Emergenza e Pronto Soccorso o in forma separata, un servizio ambulatoriale di medicina generale e altri servizi destinati all'esame e alla cura di persone non ospedalizzate.**

Per il suo *comitato d'iniziativa*, l'iniziativa popolare « Giù le mani dagli ospedali! » vuole impedire che la Pianificazione ospedaliera approvata dal Gran Consiglio attacchi pesantemente gli ospedali pubblici, proponendo la privatizzazione di reparti e strutture, e anche la trasformazione degli ospedali pubblici in SA con la partecipazione 50/50 tra pubblico e privato.

L'iniziativa popolare vuole in particolare che reparti e prestazioni di base importanti (medicina interna, chirurgia, pediatria, ginecologia, ostetricia, Pronto Soccorso, terapia intensiva) anche in futuro siano garantiti nelle principali strutture ospedaliere pubbliche del Cantone; cioè che i seguenti reparti continuino a rimanere nei quattro ospedali regionali di Mendrisio, Lugano, Bellinzona e Valli, e Locarno.

Le *autorità cantonali* fanno valere invece che la Pianificazione ospedaliera approvata dal Gran Consiglio assicura già le discipline previste dall'iniziativa negli ospedali regionali dell'EOC. Negli ospedali di Acquarossa e Faido l'EOC garantisce inoltre anche in futuro i servizi ambulatoriali richiesti dall'iniziativa. L'iniziativa è quindi da questo profilo perlomeno inutile.

L'iniziativa chiederebbe in realtà per i diversi ospedali dell'EOC un'offerta di cure inferiore a quella prevista dalla Pianificazione ospedaliera, caratterizzata da una diffusione assai ampia di cure di prossimità e dal mantenimento non solo di servizi ambulatoriali, ma anche di letti di medicina di base negli ospedali di valle, accanto ai reparti acuti di minore intensità.

L'attribuzione di mandati agli ospedali deve rispettare il diritto federale. Pretendendo di attribuire dei mandati a priori, l'iniziativa contravverrebbe quindi al diritto federale. Per di più, le assicurazioni malattia potrebbero rifiutarsi di assumere la loro parte di finanziamento delle cure se, per ragioni di politica regionale, si attribuissero dei mandati ad ospedali che non rispettano i criteri fissati dalla LAMal.

Infine, il Cantone con la nuova pianificazione ospedaliera avrebbe adottato criteri più severi per la gestione dei servizi di Pronto Soccorso ed i reparti di cure intensive, rispetto a quelli definiti dalla direttiva citata nell'iniziativa. L'iniziativa consoliderebbe quindi direttive superate e non adeguate a standard migliori per la qualità delle cure e la tutela dei pazienti.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Scheda di dettaglio](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

TG



Kreditbeschluss für Abklärungen zur Expo im Jahre 2027

NEIN (53.4%)

Stimmbeteiligung

41.1%

Beschluss des Grossen Rates vom 9. September 2015 über das Kreditbegehren von 3 Mio. Franken als Anteil des Kantons Thurgau an den Kosten für die nächste Phase (2016–2019) des gemeinsam mit den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und St.Gallen geführten Projektes «Expo2027 Bodensee–Ostschweiz»

Die Regierungen der drei Kantone AR, SG und TG wollen die Tradition der Schweizer Landesausstellungen fortführen. Seit 1883 haben diese Ausstellungen jeder Generation Gelegenheit geboten, sich mit Fragen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Schweiz auseinanderzusetzen. Dabei hat die letzte Landesausstellung, die Expo.02, über 10 Millionen Eintritte zu den «Arteplages» im Drei-Seen-Land verzeichnet, was den Erfolg der Landesausstellungen verdeutlicht. Nach Ansicht der drei Kantonsregierungen wäre die Ostschweiz eine hervorragende Gastgeberin und Bühne für die siebte Schweizer Landesausstellung.



Die Parlamente und Regierungen der drei Kantone wollen prüfen, ob die nächste Landesausstellung im Jahr 2027 im Raum Bodensee-Ostschweiz realisiert werden kann. Die dazu notwendigen Abklärungen werden rund vier Jahre dauern und CHF 9.5 Mio. kosten.

Für die Finanzierung der Abklärungen haben sich die Kantone auf folgende Kostenaufteilung geeinigt:

- SG: CHF 5 Mio.;
- TG: CHF 3 Mio.;
- AR: CHF 0.8 Mio.

Die restlichen CHF 0.7 Mio. sollen aus Drittmitteln finanziert werden.

Der Grosse Rat hat den Anteil des Kantons TG mit 104:4 Stimmen bewilligt und den Beschluss wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung der Volksabstimmung unterstellt. Der Regierungsrat und der Grosse Rat sehen die Expo2027 als grosse Chance für den TG und die ganze Region.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbotschaft Expo2027](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

Das Siegerkonzept: Expedition27 – Drei Landschaften. Zwei Welten. Ein Abenteuer

Aus einem Wettbewerb im Jahr 2014 ist das Konzept einer Expo des Lebensraums als Gewinner für die Expo2027 hervorgegangen. Im Zentrum stehen dabei Landschaft, Raum und Ressourcen sowie die Herausforderung, mittels Ideen, Infrastrukturen und Institutionen den Lebensraum langfristig, nachhaltig und gemeinschaftlich zu nutzen.





1. Gesetz zur Besetzung von Behörden

JA (72.35%)

Stimmbeteiligung

36.0%

Das Gesetz über den Amtszwang aus dem Jahr 1890 enthält nach Ansicht des Regierungsrats verschiedene Bestimmungen, die nicht mehr zeitgemäss oder zu restriktiv formuliert sind. Aus diesem Grund empfehlen Regierungsrat und Landrat den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, ein neu ausgearbeitetes Gesetz anzunehmen.¹⁵

Der Geltungsbereich des neuen Gesetzes zur Besetzung von Behörden umfasst alle Ebenen des Kantons, der Gemeinden, Korporationen und Landeskirchen. Damit findet das Gesetz Anwendung auf den Landrat und alle weiteren Behörden des Kantons, die vom Volk gewählt werden. Der Geltungsbereich umfasst auch Behörden, welche durch eine Gemeindeversammlung (z. B. Gemeinderat, Schulrat, Sozialrat), durch eine Volksversammlung der Korporationen oder durch Mitglieder der Landeskirchen zu bestellen sind.

Einige Erklärungen zum Amtszwang durch den Regierungsrat:

Im Kanton UR besteht für sämtliche nebenamtliche Behörden, die vom Volk, von der Gemeindeversammlung oder der Korporationsbürgergemeinde gewählt werden, ein Amtszwang. Das bedeutet, dass die gewählte Person gegen ihren Willen verpflichtet werden kann, ein Amt während der Dauer von zwei Amtsperioden auszuüben.

Der Amtszwang bezweckt, das Funktionieren des demokratischen Milizsystems sicherzustellen. Aus diesem Grund ist er auch in zahlreichen anderen Kantonen vorgesehen (z.B. ZH, SZ, NW, SO, GR und VS).

In grösseren Gemeinden bestehen in der Regel keine Schwierigkeiten, Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindeämter zu rekrutieren. Nach Angaben des Regierungsrats ist es in den letzten Jahren dagegen vereinzelt vorgekommen, dass kleinere Gemeinden Mühe bei der Besetzung von Gemeindeämtern hatten.

Die Gesetzesvorlage umfasst Anpassungen in den folgenden Punkten:

- **Amtspflicht:** Das neue Gesetz sieht eine Amtspflicht über zwei Amtsperioden vor. Gegenüber dem geltenden Gesetz reduziert das neue Gesetz die Last des Amtszwangs, da es nicht die Amtsdauer für eine bestimmte Aufgabe innerhalb einer Behörde festlegt, sondern für die Behörde als Ganzes. Nach Ansicht des Regierungsrates grenzt die Gesetzesvorlage damit die Amtspflicht auf ein zumutbares und verhältnismässiges Mass ein.
- **Ablehnungsgründe:** Die Gesetzesvorlage formuliert die Ablehnungsgründe neu und sieht unter anderem vor, dass die Pflicht zur Annahme eines Amtes mit dem 65. Altersjahr endet. Für das Gesuch um Ablehnung einer Wahl schafft das Gesetz ein rechtsstaatlich geordnetes Verfahren mit Rechtsmittelmöglichkeit.
- **Sanktionen:** Für die Durchsetzung der Rechtspflicht zur Übernahme eines Amtes sieht das Gesetz eine Busse von bis zu CHF 5'000.- vor.

¹⁵ Für einige Ausführungen zum Gesetzesreferendum im Kanton Uri vgl. Newsletter « Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Oktober 2015 », S. 6.

2. Gesetz über die finanzielle Unterstützung des Schwimmbads

Altdorf (Schwimmbadfinanzierungsgesetz)

Stimmbeteiligung

JA (71.16%)

36.8%

Mit seiner Nutzungszeit von fast 40 Jahren hat das Schwimmbad Altdorf (Eröffnung im Jahr 1978) die Hälfte seines möglichen Lebenszyklus erreicht. Für die Zukunft sind deshalb Ersatzinvestitionen in der Höhe von rund CHF 16 Mio. unabdingbar. Mit der Vorlage eines Schwimmbadfinanzierungsgesetzes soll diese Finanzierung bis ins Jahr 2050 garantiert und so den Fortbestand des Schwimmbads Altdorf gesichert werden.

Die Finanzierung der Investitionsbeiträge durch den Kanton UR und die Gemeinde Altdorf erfolgten in der Vergangenheit über projektbezogene Kreditvorlagen. Nach Ansicht des Regierungsrates hat sich dieser Finanzierungsmechanismus in der Vergangenheit als problematisch erwiesen.

Der Regierungsrat erhebt die Sicherstellung von Investitionsmitteln für den langfristigen Fortbestand des Schwimmbads zum obersten Ziel des Schwimmbadfinanzierungsgesetzes. Dieses sieht dementsprechend vor, dass sich Kanton und Gemeinden zu gleichen Teilen an der Finanzierung beteiligen. Bei der Festlegung der Gemeindebeiträge werden die Bevölkerungszahl und die räumliche Distanz zum Schwimmbad berücksichtigt. Mit den finanziellen Beiträgen soll ein Fonds gebildet werden, der für die Bezahlung der Sanierungsmassnahmen zur Verfügung steht. Der Kanton sichert durch eine zusätzliche Startaufung des Fonds mittels Darlehen die unmittelbare Finanzierung der notwendigen Sanierungsmassnahmen ab 2016. Eine Mitfinanzierung des laufenden Betriebs oder von Neuinvestitionen sieht das Gesetz hingegen nicht vor.¹⁶

3. Änderung des Gesundheitsgesetzes (Förderung der medizinischen Grundversorgung)

Stimmbeteiligung

JA (62.51%)

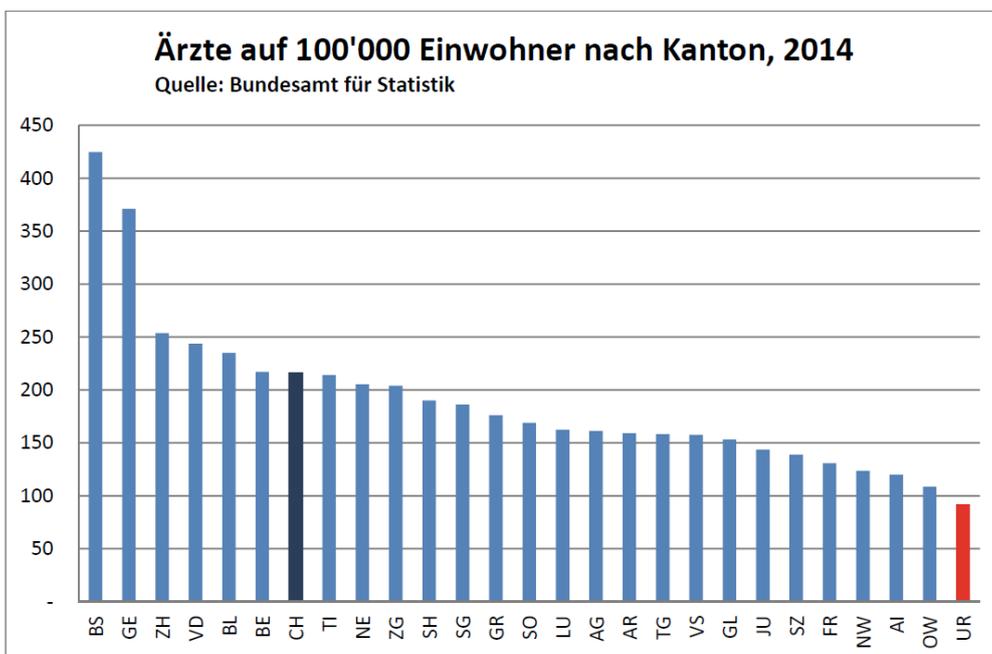
36.4%

Im Jahr 2014 hat das Schweizer Stimmvolk den Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung angenommen¹⁷. Der neue Verfassungsartikel erteilt Bund und Kantonen den Auftrag, für eine ausreichende und allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität zu sorgen. Die Hausarztmedizin ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung. Durch eine Änderung des Gesundheitsgesetzes soll diese für die Zukunft sichergestellt werden.

Angesichts der demografischen Alterung und der unterschiedlichen Versorgungssituation von Ballungsräumen und ländlichen Regionen sowie des relativ hohen Durchschnittalters der Hausärztinnen und Hausärzte gibt es nach Ansicht des Regierungsrats gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung im Kanton UR. Als Beleg werden die jüngsten Zahlen des Bundesamts für Statistik angeführt. Auch im Bereich der Pflege (Pflegeheime, Spitex und Spital) ist die Personalsituation angespannt, denn für die nächsten zehn Jahre geht der Regierungsrat von einem erheblichen Fachkräftemangel aus.

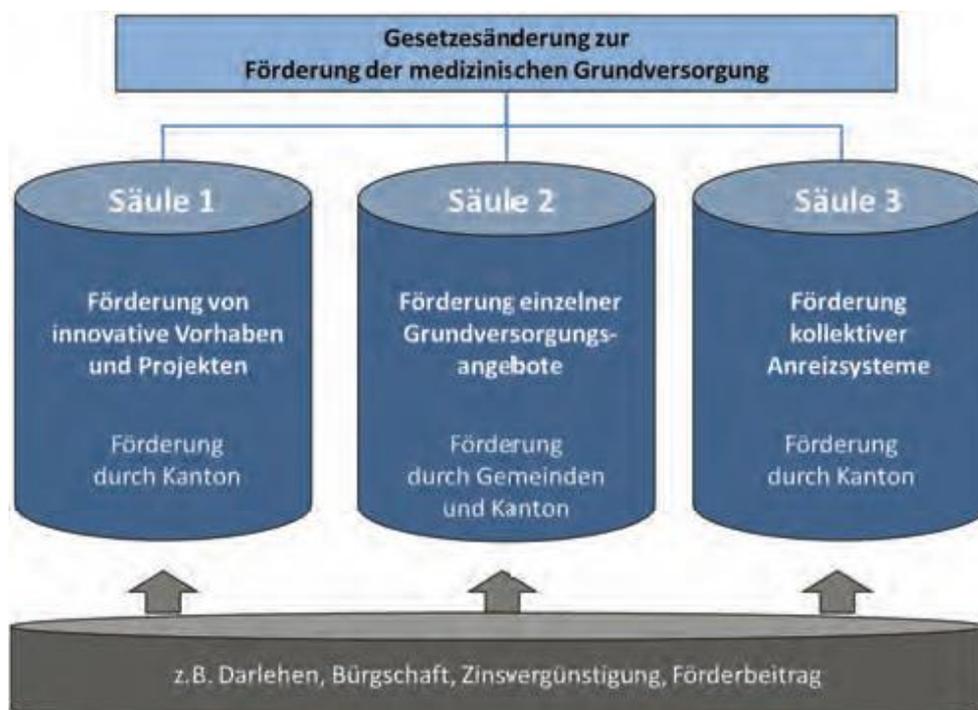
¹⁶ Hinweis: Die Abstimmungsbroschüre des Regierungsrats beschreibt detailliert ein äusserst komplexes und subtiles Finanzierungssystem, das auch anderen Verantwortungsträgern von Nutzen sein könnte.

¹⁷ Vgl. Art. 117a BV (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft [BV; SR 101]).



Diese Entwicklungen verlangen nach Massnahmen für die künftige Sicherstellung der flächen-deckenden und bevölkerungsnahen medizinischen Versorgung – in Ergänzung zu den Leistungen des Kantonsspitals UR. Vor diesem Hintergrund hat der Kanton eine Gesetzesvorlage erarbeitet, die neue Instrumente zur Regelung der Grundversorgung im kantonalen Recht verankern soll. Bei Bedarf wäre es dem Kanton und insbesondere auch den Gemeinden künftig möglich, via Förder- und Anreizsysteme einer Unterversorgung entgegenzuwirken bzw. die Grundversorgung zu erhalten und zu verbessern. Zudem soll mit der Revision des Gesundheitsgesetzes der neue Verfassungsartikel des Bunds umgesetzt werden.

Die folgende Darstellung gibt die drei Säulen des geplanten Fördermodells des Kantons UR wieder:



Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbüechli kantonal](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

ZH



Wählbarkeit von Bezirksrichterinnen und -richtern

JA (65.64%)

Stimmbeteiligung

44.71%

Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter entscheiden erstinstanzlich in Zivil- und Strafverfahren. Sie werden durch das Volk gewählt und sind bisher auch ohne juristische Ausbildung wählbar.

Aus Sicht des Regierungsrats ist heutzutage eine juristische Ausbildung Grundvoraussetzung, um das Richteramt kompetent ausüben zu können. Das einschlägige Gesetz¹⁸ soll deshalb dahingehend geändert werden, dass als Mitglied oder Ersatzmitglied eines Bezirksgerichts nur gewählt oder ernannt werden kann, wer über ein abgeschlossenes juristisches Studium verfügt.

Die zwölf Bezirksgerichte des Kantons ZH behandeln vorwiegend erstinstanzliche Zivil- und Strafverfahren. Anders als die Mitglieder der obersten kantonalen Gerichte werden die Mitglieder der Bezirksgerichte vom Volk gewählt und die Ersatzmitglieder durch das Obergericht ernannt. Heute sind als Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter auch sogenannte *Laiinnen* und *Laien* wählbar, also Personen ohne juristische Ausbildung.¹⁹

Das Laienrichtertum, nicht mehr zeitgemäss?

Historisch gesehen ist das heutige Laienrichtertum ein Überbleibsel aus der politischen Aufklärung im 19. Jahrhundert. Damals waren Regierungsmitglieder ebenfalls als Richter tätig. Im Zuge der Aufklärung wurden auch Laien mit dem Argument an den Gerichten zugelassen, dass diese besser in der Lebenswirklichkeit verankert seien.

In der heutigen Zeit der Gewaltentrennung trägt die direkte Wahl der Mitglieder der erstinstanzlichen Gerichte durch das Volk dem demokratischen Anspruch umfassend Rechnung. Der Regierungsrat beurteilt daher die Wahl durch das Volk positiv; die politische Durchmischung sei gegeben, und auch Personen aus weniger privilegierten Verhältnissen hätten die Möglichkeit, eine Richterlaufbahn einzuschlagen.

In einem Kollegialgericht eingesetzt, können die Laienrichterinnen und -richter im Rahmen der Beratungen von der Erfahrung und dem juristischen Wissen der Richterkolleginnen und -kollegen profitieren. An den Bezirksgerichten werden jedoch nur noch sehr wenige Verfahren (knapp 3.5%) durch das Kollegialgericht, d. h. in Dreierbesetzung, behandelt. Deshalb tragen Laienrichterinnen und -richter als Einzelrichterinnen und Einzelrichter heute in der Regel alleine die Verantwortung für die zu fällenden Entscheide.

Zudem verfügen in den Nachbarkantonen von ZH die voll- und teilamtlichen Richterinnen und Richter, die in erstinstanzlichen Zivil- und Strafverfahren als Einzelrichterin oder Einzelrichter tätig sind, über eine juristische Ausbildung.

¹⁸ Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess, vom 10.05.2010; GS 211.1.

¹⁹ Ende 2015 waren an den Bezirksgerichten 135 Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter mit juristischer Ausbildung und 18 ohne juristische Ausbildung tätig.

Für fast alle Funktionen in der Rechtspflege (Anwaltschaft, Notariate, Staatsanwaltschaft) ist ein fachlicher Leistungsausweis erforderlich. Einzig die Wahl zur Richterin oder zum Richter kann ohne Nachweis einer juristischen Ausbildung und einer entsprechenden praktischen Tätigkeit erfolgen.

Selbst bei Annahme der Vorlage zur Abschaffung des Laienrichtertums behält letzteres im Kanton ZH weiterhin einen grossen Stellenwert: Der allergrösste Teil der Friedensrichterinnen und Friedensrichter hat keine juristische Ausbildung, was für eine Schlichtungsbehörde nach Ansicht des Regierungsrats kein Nachteil ist. Wichtige Funktionen bleiben den juristischen Laiinnen und Laien auch als Beisitzerinnen und Beisitzer der Miet- und Arbeitsgerichte erhalten. Dort sind sie jedoch in der Regel in eine Kollegialbehörde eingebunden.

Eine Minderheit des Grossen Rates vertritt eine andere Meinung und hat gegen die Vorlage das Kantonsratsreferendum nach Art. 33 Abs. 2 Bst. c der Kantonsverfassung²⁰ ergriffen. Sie kritisieren, dass

- mit der Gesetzesänderung die demokratischen Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ohne Not massiv beschnitten würden;
- das Rechtsempfinden der Bevölkerung ohne Laienrichterinnen und Laienrichter nicht mehr direkt Eingang in die Rechtsprechung finden könnte;
- für die Qualität der Rechtsprechung insbesondere auch menschliche Fähigkeiten wie Vermittlungs- und Einfühlungsvermögen von grosser Bedeutung seien und
- das Laienrichtertum in der Verfassung vorgesehen sei und in den letzten Jahren die Stimmberechtigten immer wieder Laiinnen und Laien gewählt und diese somit ausgebildeten Juristinnen oder Juristen vorgezogen hätten.

Nach Ansicht der Ratsminderheit könnten Laienrichterinnen und -richter deshalb nach wie vor auch als Einzelrichterinnen und -richter eingesetzt werden. Sie stünden mit ihren Berufskolleginnen und -kollegen am Gericht in ständigem Austausch und würden bei ihrer Arbeit von juristisch ausgebildeten Gerichtsschreiberinnen und -schreibern unterstützt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungszeitung Kanton Zürich](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

²⁰ Verfassung des Kantons Zürich vom 27.02.2005; GS 101.